

Working Paper 10/2014

der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften

Brigitte Aulenbacher

Institutionelle Logiken – Anregungen für die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse?

ISSN 2194-136X

Brigitte Aulenbacher, Institutionelle Logiken – Anregungen für die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 10/2014, Jena 2014.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kolleg-
ForscherInnengruppe –
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

Christine.schickert@uni-jena.de

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kolleggruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Brigitte Aulenbacher

Institutionelle Logiken – Anregungen für die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse?

Zusammenfassung

Das Working Paper zeichnet im ersten Teil die Entwicklung der Institutional Logics-Perspektive nach, die in der nordamerikanischen Forschung in Abgrenzung zur institutionalistischen und neoinstitutionalistischen Organisationsforschung entstanden ist, und beleuchtet ihre zentralen Argumentationsfiguren, aber auch die Auslassungen und Leerstellen der Theorie. Dabei wird deutlich gemacht, wie in einzelnen Feldern neben institutionellen Logiken, die gemäß funktionaler Differenzierung dort erwartbar sind, auch jede andere institutionelle Logik grundsätzlich Geltung erlangen kann. Der zweite Teil widmet sich am Beispiel der universitären Wissenschaft der Frage, was bei der Anwendung der Institutional Logics-Perspektive in diesem Feld konkret in den Blick gerät. Die Autorin zeigt, dass der Umbau der universitären Wissenschaft als ihre Ökonomisierung verstanden werden kann, sich darin aber nicht erschöpft. Ein abschließendes Fazit fasst die Erkenntnisse zusammen.

Abstract

In its first part, the working paper reviews the development of the institutional logics concept which emerged in North America in differentiation to institutional theory and new institutionalism. The theory's central arguments as well as its omissions are highlighted. Thereby it is shown how in any given field not only the institutional logics expected in it, but all other institutional logics can, in principle, emerge in it. The second part looks at the university as one specific example and examines what comes into view through the institutional logic perspective. The author shows that the changes within the university can be understood as a process of marketization but at the same time go beyond that process. The findings are summarized in a final conclusion.

Address of the Author

Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher
Johannes Kepler Universität Linz
Institut für Soziologie
Altenbergerstr. 69
4040 Linz, Österreich

Email: brigitte.aulenbacher@jku.at

1. Einleitung

Soziologische Sozial- und Zeitdiagnosen stimmen weitgehend darin überein, dass unter den neoliberalen Vorzeichen seit den 1990er Jahren eine forcierte Ökonomisierung des Sozialen zu vermerken ist. Beispielhaft seien vier Diagnosen angeführt, die sich auf verschiedene Zeithorizonte erstrecken: Mit Blick auf die Moderne zieht Cornelia Klinger (2014: 32) einen epochalen Bruch in Betracht: „Es zeichnet sich (vielleicht erneut, vielleicht definitiv) ein Wechsel ab in der Position des leitenden/hegemonialen Handlungssystems der Gesellschaft: von der Politik zur Ökonomie bzw. vom (National-)Staat zum (Welt-)Markt.“ Auf die zeitgeschichtliche Entwicklung vom Beginn des letzten Jahrhunderts bis zur Gegenwart schauend spricht Michael Burawoy (2014: 40 ff., 46) für die Phase ab Mitte der 1970er Jahre von einer dritten Welle der Vermarktlichung („third-wave-marketization“), charakterisiert durch die voranschreitende und neue Formen der Kommodifizierung von Arbeit, Natur, Wissen, Geld, die gesellschaftsgefährdende bis -zerstörende Wirkung hat und bisherigen Formen demokratischer Regulierung entzogen ist. Den Bogen von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart schlagend diskutiert Oskar Negt (2001: 335) die Entwicklung seit den 1990er Jahren als Weg in die „totale Vermarktung der Gesellschaft“, indem die Ungleichgewichte im Verhältnis von Markt und Demokratie, Markt- und Gemeinwohlökonomie zugunsten des ersten und zulasten des zweiten Pols zugenommen haben. Für den Finanzmarktkapitalismus ab Mitte der 1990er Jahre schließlich spricht Klaus Dörre (2012: 107) von „neuen Landnahmen“ und, was das Gegenstück angeht, „Landpreisgaben“, wodurch Kommodifizierungs- und Dekommodifizierungsprozesse in verschiedenen Feldern, aber auch im Kontext des kapitalistischen Zeitregimes und Lebensentwurfs in den Blick geraten (vgl. Dörre 2007, 2010), die bisherige Formen gesellschaftlicher Teilhabe gefährden und beschneiden und in einer „Innen-Außen-Dialektik“ die Grenzen des Kapitalismus immer wieder neu ziehen (Dörre 2009: 45).

Diesen Diagnosen kann ich mich unbenommen einiger theoretischer und epistemologischer Streitpunkte, wie sie zwischen Kapitalismustheorien, feministischen Gesellschaftstheorien und ihren ‚Ausläufern‘ in der Arbeitsforschung um den Stellenwert der Kategorien Klasse, Geschlecht, Ethnizität Tradition haben, anschließen (vgl. Aulenbacher 2012, 2013). Auch aus meiner Sicht ist die forcierte Ökonomisierung des Sozialen – in Gestalt der fiktiven oder realen Vermarktlichung der Gesellschaft und der Rationalisierung des Lebens mit den ihnen unterlegten Formen von ethnizitäts-, geschlechts- und klassenbasierter Herrschaft – die Dominanz beanspruchende Tendenz mit den entsprechenden Folgen für das demokratische Gemeinwesen. Die Frage, um die es in diesem Working Paper¹ gehen wird, lautet jedoch, wie sie sich zu weiteren gesellschaftlichen Tendenzen verhält, wobei ich nicht zuletzt auf den institutionellen Wandel schaue und somit auf diejenige Ebene, auf der die Vermarktlichung der

¹ Das vorliegende Working Paper baut auf einem Vortrag auf, den ich im Rahmen des Kolloquiums der DFG-Forscher(innen)gruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De)Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena auf Einladung von Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa am 11.2.2014 gehalten habe. Es gehört zur bemerkenswerten Diskussionskultur dieses Ortes, Beiträge ins Grundsätzliche gehend konstruktiv in der Kollegöffentlichkeit zu diskutieren. Daher gilt mein Dank allen DiskussionsteilnehmerInnen, deren zahlreiche Anregungen in die Überarbeitung eingeflossen sind.

Gesellschaft und die sie mit vorantreibenden „Landnahmen“ (Dörre 2009) konkrete Gestalt annehmen. Mein Beispielfall wird die universitäre Wissenschaft sein.

Als eine Anregung, die Ökonomisierung des Sozialen im Kontext weiterer Handlungsorientierungen zu thematisieren, will ich die Institutional Logics-Perspektive näher betrachten². Die VertreterInnen jener Perspektive beanspruchen, institutionellen und organisationalen Wandel in seiner Komplexität zu analysieren. Dabei gerät ihnen die moderne Gesellschaft in ihrer funktionalen Ausdifferenziertheit vergleichsweise umfassend in den Blick. Sie betreiben aber keine in vergleichbarer Weise herrschaftskritische Gesellschaftsanalyse, wie sie in den eingangs genannten Diagnosen und den ihnen zugrundeliegenden Denktraditionen zum Ausdruck kommt. Aus meiner Sicht handelt es sich um eine Heuristik, die die Ebene institutionellen Wandels in einer Weise anspielt, die für die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse interessant ist im Sinne einer Sensibilisierung für die Wahrnehmung von Entwicklungen, die ihr bislang weniger in den Blick geraten. In dieser Diskurskonstellation geht es mir darum herauszustellen, was mit der Institutional Logics-Perspektive zusätzlich in den Blick gerät.

Der Beitrag ist in drei Teile untergliedert: Zunächst diskutiere ich die Institutional Logics-Perspektive anhand ausgewählter Stationen ihrer Entwicklung und Argumentationsfiguren. Dann spiele ich am Beispiel der universitären Wissenschaft an, was in dieser Perspektive in den Blick gerät. Ein kurzes Fazit schließt den Beitrag ab.

2. Die Institutional Logics-Perspektive als Blick auf institutionelle Komplexität

Von institutionellen Logiken wird im Rahmen eines interdisziplinär zusammengesetzten Forschungsstrangs gesprochen. Er hat sich seit den 1990er Jahren in der nordamerikanischen Forschung, vor allem in den USA und Kanada, in erster Linie in den Organization and Management Studies entwickelt. Seit einiger Zeit ist er auch in der europäischen, darunter der deutschsprachigen Diskussion angekommen. In der von Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 2) vorgelegten programmatischen Schrift „The Institutional Logics Perspective, A New Approach to Culture, Structure, and Process“, die den Forschungsstand bündelt, systematisiert und voranzutreiben sucht, werden institutionelle Logiken definiert als „[...] the socially constructed, historical patterns of cultural symbols and material practices, including assumptions, values, and beliefs, by which individuals and organizations provide meaning to their daily activity, organize time and space, and reproduce their lives and experiences.“ Wie Organisationen und Individuen dies tun, ist die Kernfrage, die in der Institutional Logics-Perspektive zu beantworten gesucht wird.

Die Institutional Logics-Perspektive wird verstanden als „[...] both a metatheory and a method of analysis [...]“ (Thornton/Ocasio 2008: 99). Es geht letztlich um die Bearbeitung von Grundfragen, die

² Eine interdisziplinäre, strukturierte Promotionsförderung, an der ich beteiligt bin, das DOC-team 67 der Österreichischen Akademie der Wissenschaften „Legitime Leistungspolitiken? Governance und Gerechtigkeit in Schule, Altenpflege und industrieller Kreativarbeit“ an der Johannes Kepler Universität Linz (Förderzeitraum: 06/2013-05/2016), nimmt die Institutional Logics-Perspektive in diesem Sinne auf. Daher danke ich Herbert Altrichter, Robert Bauer, Maria Dammayr, Thomas Gegenhuber und Doris Graß für Anregungen aus der gemeinsamen Arbeit.

auch die Soziologie beschäftigen, etwa das Verhältnis von Struktur und Handlung, von Materiellem und Symbolischem u.a.m., und um die Verfolgung von Mehrebenenanalysen, wobei hier die Ebenen Institution, Organisation, Individuum angezielt sind. Vielfach wird dabei allerdings mit Modellen gearbeitet, in denen sich ein wirtschaftswissenschaftliches Theorieverständnis niederschlägt (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 20 zum Vorgehen; beispielhaft 73, 81, 85, 136, 143, 151, 164 zu solchen Modellen).

In der nordamerikanischen Forschung zu den institutionellen Logiken sind vor allem kultur-, sozial- und wirtschafts- und weniger als im Institutionalismus und Neo-Institutionalismus politikwissenschaftliche Konzepte vertreten. Sie werden vielfach in historischen und gegenwartsbezogenen Untersuchungen, die nicht selten in Form von Fallstudien durchgeführt werden, erprobt bzw. sind, umgekehrt, auf der Grundlage der dortigen empirischen Befunde entwickelt worden (vgl. Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 325-331). Der Ansatz wurzelt, was die zugrundeliegenden Denktraditionen angeht, im Institutionalismus und Neo-Institutionalismus und wird theoretisch-systematisch in Kritik daran entfaltet. Ergänzt wird dies um kursorische, teils eklektizistisch zu nennende Rückgriffe auf ein weites und heterogenes Theorienspektrum.

Als namensgebender Text der Perspektive und damit zugleich Gründungstext des Forschungsstrangs ist der Aufsatz von Roger Friedland und Robert R. Alford (1991) „Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions“ zu nennen. Er hat das kanonische Wissen institutionalistischer und neo-institutionalistischer Organisationsforschung seinerzeit neu herausgefordert. Insbesondere hinsichtlich dreier Akzentsetzungen sind der Institutionalismus und Neo-Institutionalismus in die Kritik geraten: hinsichtlich der Isomorphie-Annahme, wonach sich Organisationen strukturell ähnlich entwickeln, und ihrer Argumentation mit Blick vor allem auf das Verhältnis von Organisation und Umwelt; der Betonung der Entkopplung der Formal- und Aktivitätsstruktur von Organisationen und damit verbunden der Unterbelichtung von Akteurs- und Konfliktperspektiven; der eng an das Weber'sche Werk angelehnten Betrachtung von Rationalisierung im Kontext von Staat, Profession, Markt (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 22-30). Stattdessen zeichnet die Institutional Logics-Perspektive ein Bild der Gesellschaft, das von kultureller Heterogenität („cultural heterogeneity“) ausgeht (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 122). Dabei wird die latent strukturdeterministische Perspektive der kritisierten Linien des Institutionalismus und Neo-Institutionalismus, nicht zuletzt des World Polity-Ansatzes³, verworfen zugunsten der Perspektivierung der Heterogenität von Institutionen, Organisationen, Akteuren. Zugleich werden das Handeln und die Dynamiken betont, ohne einem Handlungsvoluntarismus das Wort reden zu wollen. Es geht, in den

³ Die Abgrenzung gegen John Meyers und Brian Rowans (1977) World Polity-Perspektive durchzieht die Kritik, die aus der Institutional Logics-Perspektive am Institutionalismus und Neo-Institutionalismus geäußert wird. Statt wie diese beiden Autoren Universalismus, Rationalität, Fortschrittsglauben und Selbstbestimmung, die rationalisierter Nationalstaatlichkeit entspringen (vgl. auch Meyer/Krücken 2005), in ihrer Bedeutung für die organisationale Entwicklung und dabei vor allem die Legitimationsbestrebungen von Organisationen gegenüber ihren Umwelten ins Zentrum zu rücken, will die Institutional Logics-Perspektive das Geschehen in den Feldern und Organisationen differenzierender in den Blick nehmen. Der Begriff der losen Kopplung („loose coupling“) oder die Rede vom „coupling“ und „decoupling“ im Verhältnis von Organisation und Individuum tritt hier an die Stelle der Unterscheidung von Formal- und Aktivitätsstruktur und ihrer angenommenen Entkopplung (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 123). Dabei wird das Verhältnis von Institution, Organisation, Individuum neu zu fassen gesucht (vgl. Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011).

Worten von Michael Lounsbury und Eva Boxenbaum (2013: 5), um „[...] a view of logics that is more fluid and loosely coupled to actors and their identities and practices – to focalize attention on *institutional logics in action*.“

Bei Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 11) zeigt sich außerdem die kulturelle, linguistische und kognitive Wende, die sich in den angloamerikanischen Sozialwissenschaften seit den späten 1980er und vor allem in den 1990er Jahren vollzogen hatte, als Einflussgrößen, wenn es heißt: „[...] the institutional logics perspective integrates research on culture and cognition to provide an orienting strategy for a theory of how culture shapes action.“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 11) Die inhaltlich größte Nähe sehen die AutorInnen, was den Bedeutungsgehalt der Topoi angeht, zwischen institutional logics- und der deutschen Forschung zu „Leitideen“, welche im Zuge ihrer Kommunikation und Rezeption handlungsorientierende Bedeutung erlangen (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 129).

VertreterInnen der Institutional Logics-Perspektive beanspruchen für ihre Vorgehensweisen, der institutionellen Komplexität („institutional complexity“), die im organisationalen und individuellen Handeln bearbeitet wird, Rechnung tragen zu können, wobei Feld- und Organisationsanalysen einen Schwerpunkt der empirischen Arbeit bilden (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011). Dabei ist die Perspektive methodisch nicht gebunden, sondern quantitative und qualitative Forschungen sollen Raum haben, wobei derzeit die Orientierung im interpretativen Paradigma qualitativer Sozialforschung überwiegt (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012). Die Institutional Logics-Perspektive bewegt sich also vornehmlich auf der meso- und mikro(sozio)logischen Ebene. In gewisser Weise lässt sie sich aber auch mit makro(sozio)logischen Thematisierungsweisen in Verbindung bringen, insofern ihre zentralen Argumentationen auf die funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft Bezug nehmen, wobei ihre VertreterInnen differenzierungstheoretische Perspektiven teils aufnehmen, teils verwerfen.

Diese Anmerkungen mögen für einen Einblick in das Wissenschaftssegment genügen, in dem die Institutional Logics-Perspektive neben dem und gegen den Institutionalismus und Neo-Institutionalismus zu einer neuen „mainstream area of active scholarly development“ (Lounsbury/Boxenbaum 2013: 7) zu profilieren gesucht wird. Im Weiteren werden diejenigen Argumentationsfiguren herausgegriffen, die interessant sein könnten, wenn die Ökonomisierung des Sozialen als Dominanz beanspruchende Tendenz im Zusammenhang mit weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden soll.

2.1 Gesellschaft als interinstitutionelles System: Institutionelle Ordnungen und Logiken

Der Institutional Logics-Perspektive liegt ein Verständnis von Gesellschaft als interinstitutionellem System („interinstitutional system“) zugrunde; in der Ursprungsfassung stammt es von Roger Friedland und Robert R. Alford (1991: 240). Darin begreifen die Autoren im Rekurs auf das Weber'sche Werk den Markt, den bürokratischen Staat, die Demokratie, die Kernfamilie, die christliche Religion als maßgebliche institutionelle Ordnungen („institutional orders“) der modernen Gesellschaft. Jeder Ordnung entspricht eine institutionelle Logik („institutional logic“). Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ordnungen und Logiken, also denjenigen von Markt, Staat, Demokratie, Familie,

Religion, werden als interdependent und widersprüchlich gefasst (vgl. Friedland/Alford 1991: 150). Hervorzuheben ist, dass in dieser Betrachtungsweise alle institutionellen Ordnungen und Logiken (in ihrer aktuellen Gestalt) als mit der Moderne verbunden gelten, also beispielsweise Religion nicht als ein Relikt vormoderner Zeiten angesehen wird.

An dieser Ursprungsfassung der Institutional Logics-Perspektive kritisieren Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 67-74) zwei Engführungen. Zum einen wohne ihr ein impliziter westlicher Bias inne (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 54-59); so werden, um dies fassbar zu machen, Demokratien, nicht auch Autokratien; das Christentum, nicht weitere Religionen in Betracht gezogen. Diesen Bias zu transzendieren, gelingt, wie sie einräumen, auch ihnen in ihren Weiterentwicklungen bislang nicht. Zum anderen machen sie Zuordnungen aus, die der Komplexität der Gesellschaft nicht gerecht würden. So sei beispielsweise weder der Staat als bürokratisch hinreichend erfasst, was angesichts der Ökonomisierung des Sozialen, etwa im Übergang vom Wohlfahrts- zum Aktivierungsstaat (Lessenich 2009), gegenwärtig besonders evident ist. Noch sei Bürokratie auf den Staat beschränkt, wobei die AutorInnen vor allem (große) Wirtschaftsunternehmen als ebenfalls bürokratische Organisationen⁴ im Blick haben (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 54-59). Schließlich gilt ihnen die Ursprungsfassung der Institutional Logics-Perspektive als unzureichend, insofern sie nicht alle relevanten institutionellen Ordnungen im Blick habe. Im Anschluss an diese und weitere Kritiken revidieren und erweitern sie schließlich Roger Friedlands und Robert R. Alford's (1991) Konzept von Gesellschaft als interinstitutionellem System in der nachfolgend abgebildeten Weise.

Y-Axis:	X-Axis: Institutional Orders						
Categories	Family 1	Community 2	Religion 3	State 4	Market 5	Profession 6	Corporation 7
Root Metaphor 1	Family as firm	Common boundary	Temple as bank	State as redistribution mechanism	Transaction	Profession as relational network	Corporation as hierarchy
Sources of Legitimacy 2	Unconditional loyalty	Unity of will Belief in trust & reciprocity	Importance of faith & sacredness in economy & society	Democratic participation	Share price	Personal expertise	Market position of firm
Sources of Authority 3	Patriarchal domination	Commitment to community values & ideology	Priesthood charisma	Bureaucratic domination	Shareholder activism	Professional association	Board of directors Top management Bureaucratic roles
Sources of Identity 4	Family reputation	Emotional connection Ego-satisfaction & reputation	Association with deities	Social & economic class	Faceless	Association with quality of craft Personal reputation	
Basis of Norms 5	Membership in household	Group membership	Membership in congregation	Citizenship in nation	Self-interest	Membership in guild & association	Employment in firm
Basis of Attention 6	Status in household	Personal investment in group	Relation to supernatural	Status of interest group	Status in market	Status in profession	Status in hierarchy
Basis of Strategy 7	Increase family honor	Increase status & honor of members & practices	Increase religious symbolism of natural events	Increase community good	Increase efficiency profit	Increase personal reputation	Increase size & diversification of firm
Informal Control Mechanisms 8	Family politics	Visibility of actions	Worship of calling	Backroom politics	Industry analysts	Celebrity professionals	Organization culture
Economic System 9	Family capitalism	Cooperative capitalism	Occidental capitalism	Welfare capitalism	Market capitalism	Personal capitalism	Managerial capitalism

(Quelle: Als "Table 3.2.: Revised Interinstitutional System Ideal Types" entnommen aus: Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 73)

⁴ Aus meiner Sicht verflachen sie hier allerdings den Weber'schen Bürokratiebegriff. Bei Oskar Negt (2001: 323) findet sich in anderer Denktradition, von der Marx'schen und der Kritischen Theorie her kommend, eine aus meiner Sicht treffendere Analyse des hier angesprochenen Sachverhaltes. Er befasst sich im Rückblick auf die Staatssozialismen und mit Blick auf die Kapitalismen mit dem Verhältnis von Markt und Plan, damit unter anderem mit den planwirtschaftlichen Elementen des bloß vermeintlich rein marktwirtschaftlichen kapitalistischen Wirtschaftens. (Große) Wirtschaftsunternehmen sind in dieser Lesart markt- und planwirtschaftlich organisiert.

Die Abbildung nehme ich hier lediglich auf, um einen Überblick über die von den AutorInnen angesprochenen Ordnungen und Logiken für die folgenden Ausführungen wach zu halten. Weder werde ich auf die einzelnen Spalten eingehen noch auf die zahlreichen Denktraditionen, auf die sie kursorisch bis eklektizistisch Bezug nehmen. Die Tabelle insgesamt ist weniger überzeugend⁵, die interessante Heuristik ist die folgende darin abgebildete Denkfigur: Als Ausdruck gattungs- und gesellschaftsgeschichtlicher Ausdifferenzierungsprozesse können verschiedene institutionelle Ordnungen voneinander unterschieden werden, die mit spezifischen „sources of legitimacy“, „authority“, „identity“ verbunden sind (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 73). Dies lässt sich etwa mit Rainer Forsts und Klaus Günthers (2010: 7) Betrachtungen „normativer Ordnungen“ verbinden und noch etwas vertiefen: In „normativen Ordnungen“ seien Narrative auffindbar aus „[...] kontextuell und zeitlich situierten, stärker sedimentierten Legitimationsmustern, faktischen Legitimationen und normativen Traditionen, die immer wieder in Geschichten, Bildern und Erzählmustern reproduziert werden, um politische und soziale Verhältnisse zu rechtfertigen [...]“. Formen der Legitimitäts-, Autoritäts- und Identitätsbildung, die mit den verschiedenen institutionellen Ordnungen verbunden sind, können also fortgeschrieben werden. Sie können, ganz im Sinne von Wolfgang Menz (2009: 172-173), alltäglich geltend gemacht werden, wobei es ihm zufolge auch in noch anderer Hinsicht um ein nicht ausschließlich situatives Geschehen handelt: soziokulturelle Vorstellungen und „Selbstverständlichkeitsannahmen“ werden auf der Seite der Individuen als ansozialisierte Orientierungen eingebracht.

Patricia H. Thorntons, William Ocasios und Michael Lounsburys (2012) Thematisierung institutioneller Logiken lässt sich insbesondere anhand dreier Zugänge weiter erschließen, die ihren Ansatz in Verbindung mit der angesprochenen kulturellen, linguistischen und kognitiven Wende am stärksten prägen. Sie kommen in der theoretischen Fundierung ihres Verständnisses von Gesellschaft als interinstitutionellem System zum Ausdruck.

Der abgebildeten Fassung des interinstitutionellen Systems liegt, erstens, ein evolutionstheoretisch basiertes, zentral mit dem Begriffspaar der Emergenz und Kontingenz arbeitendes Gesellschaftsverständnis zugrunde. Gattungs- und gesellschaftsgeschichtlich haben sich, so die vorläufige recherchefundierte Zählung der AutorInnen, die genannten sieben institutionellen Ordnungen herausgebildet, wobei „[...] each institutional order has as different age of origin and [...] the interinstitutional system evolved interdependently over historical time“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 104). Entsprechend erfolgt die Nennung der institutionellen Ordnungen Familie, Gemeinschaft, Religion, Staat, Markt, Profession, Korporation in der Reihenfolge ihrer gattungs- und gesellschaftsgeschichtlichen Entstehung. In der Logik dieser Argumentation ließe sich, ohne dies hier belegen zu wollen, als gattungsgeschichtlich früh etablierte Ordnung außerdem das Militär als Kandidat

⁵ Diese tabellarische Beschreibung der institutionellen Ordnung bringt Probleme zum Ausdruck, die hinter den Stand der Forschung in anderen Forschungssträngen zurückfallen. So wird Herrschaft sehr unsystematisch betrachtet: patriarchale Herrschaft in der Familie, bürokratische Herrschaft dann doch im Staat, Klassen in Bezug auf den Staat, während der Markt versachlicht und andere Ordnungen herrschaftsfrei erscheinen. Ferner ist die Unterscheidung und Zuordnung der Kapitalismen nicht trennscharf u.a.m. Die in diesem Working Paper eingangs genannten Gesellschaftsanalysen und viele andere mehr weisen weit darüber hinaus.

für eine weitere institutionelle Ordnung und Logik in Erwägung ziehen (vgl. etwa die Institutionenanalyse der Moderne von Giddens 1995: 75-84).

Zentraler Bezugspunkt bleibt bei den AutorInnen, zweitens, das Weber'sche Werk, indem sie institutionelle Logiken als Idealtypen konzipieren (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 103-125). Nach Max Weber (1988: 191) werden Idealtypen „[...] gewonnen durch einseitige *Steigerung eines oder einiger* Gesichtspunkte und durch Zusammenschluss einer Fülle von [...]. *Einzelerscheinungen*, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen *Gedankenbilde*.“ In der Institutional Logics-Perspektive wird dies methodisch weiter verfolgt, insofern die idealtypische Anlage den Ansatz systematisch für Vergleichsperspektiven öffne und gegen Vereinfachungen schütze. So bestehe der Vorzug der Vorgehensweise darin, „[...] to afford comparative analysis and multidimensional classification of phenomena not restricted by the events of selected cases. Ideal types assign a hypothetical meaning that can be used as a yardstick to compare and contrast hypothesized and actual meaning and behavior.“ (Thornton/Ocasio 2008: 110) Verglichen werden können auf diese Weise etwa Organisationen und Felder hinsichtlich der Art und Weise, wie und in welchem Umfang institutionelle Logiken darin Geltung erlangen⁶.

Wenngleich ihre Fassung von Gesellschaft als interinstitutionellem System evolutionstheoretisch basiert ist, grenzen Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 76-82) ihren Ansatz, drittens, gegen den Parsons'schen Strukturfunktionalismus und das Konzept der Rollendifferenzierung ab. „Institutional logics also provide an endogenous impetus for institutional change by stimulating the exportation of logics across organizational forms and institutional fields.“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 77) Logiken können also – bezeichnet mit „migration“ und „transposition“ – in Feldern und Organisationen Geltung und Einfluss erlangen, denen sie nicht angestammt sind, dabei mit anderen Logiken konfliktieren oder umgeformt werden usw. (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 62). Die Ökonomisierung des Sozialen ist in der Perspektive der Institutional Logics betrachtet also als ‚Einwanderung‘ der Marktlogik auch in Feldern und Organisationen zu verstehen, in denen sie bislang keine (bedeutende) Rolle gespielt hat und deren angestammte oder bereits ‚eingewanderte‘ Logiken sie nunmehr tangiert. Die gegenstandsbezogene Nähe zu ihrer Thematisierung als Kommodifizierung, Vermarktlichung, Landnahmen u.a.m. ist offensichtlich (ebenso die theoretische, epistemologische und methodologische Ferne zu jenen Betrachtungsweisen). Eröffnet wird damit, was in der Soziologie traditionsreich umstritten ist, eine Perspektive darauf, dass in einzelnen Feldern und Organisationen Logiken am Werk sind, die sich – im Grunde – aus allen institutionellen Ordnungen speisen können, und nicht nur diejenigen, die gemäß der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft dort jeweils erwartbar sind.

In der Frage, wie die Logiken in Feldern und Organisationen Geltung erlangen, bewegen sich Patricia H. Thornton, William Occasio und Michael Lounsbury (2012) nahe am interpretativen Paradigma in der Variante der Ethnomethodologie und vor allem der Soziologie der Interaktionsordnung. Sie arbeiten

⁶ Auf Organisations- und Feldvergleichen aufbauend haben Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012) zudem internationale Vergleiche im Blick, denen sie mit der idealtypischen Anlage ihres Modells den Weg bereiten wollen. Angesichts des westlichen Bias ihre Gesellschaftsverständnisses scheinen mir hier enge Grenzen gesetzt zu sein.

wesentlich mit der Unterscheidung von Theorien („theories“) als abstrakte und systematisierte Formen symbolischer Repräsentation, die mehr oder minder lose an Felder und Organisationen gekoppelt sind, dort rezipiert werden können, aber nicht müssen. Davon zu unterscheiden sind Rahmen („frames“), „[...] imported and translated from institutional logics without wholesale adoption of all the components or dimensions of the logic [...]“ und Narrative („narratives“), die aus der Interaktion heraus entstehen und „[...] help to make sense of events, create legitimacy, and construct identities [...]“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 154-155). Ein Beispiel im Kontext der Ökonomisierung des Sozialen wäre die standardökonomische Theorie als eine Mastertheorie mit handlungsleitender und -legitimierender Bedeutung in vielen Feldern (vgl. Streeck 2013: 79-97), in zentralen Elementen für den öffentlichen Sektor beispielsweise übersetzt in das New Public Management (vgl. Riegraf 2007) und sichtbar in den Narrativen, die als „[...] result of cognition, communication, and negotiation [...]“, sowohl individueller als auch kollektiver Art, etwas über seine Wahrnehmung aussagen. So sind beispielsweise an der Konstruktion von KundInnen (statt vormals BürgerInnen) im Staat als „Dienstleistungsunternehmen“ institutionell und organisational ganz verschiedene AkteurInnen beteiligt (und sei es in Form der Kritik daran und des Widerstands dagegen) (vgl. Riegraf 2007: 78). Damit ist dann die Frage anzusprechen, wie Handeln in der Institutional Logics-Perspektive in den Blick gerät.

2.2 Zum Praktisch-Werden institutioneller Logiken

In ihrer Fassung einer „[...] nonfunctionalist conception of society as a potentially contradictory interinstitutional system [...]“ und mit ihrem Blick auf „[...] individuals competing and negotiating, organizations in conflict and coordination, and institutions in contradiction and interdependency [...]“ haben Roger Friedland und Robert R. Alford (1991: 240) bereits eine Anforderung formuliert, die bis heute aktuell ist: „The theoretical challenge is to understand the relationship between internal and external institutional contradictions, as these are lived by persons and managed by organizations.“ (Friedland/Alford 1991: 262) Patricia H. Thorntons, William Ocasios und Michael Lounsburys (2012) Konzept des eingebetteten Handelns setzt den Akzent auf der Mikroebene und ist zugleich eine der neueren Antworten auf die Herausforderung einer Mehrebenenanalyse, die hier gespiegelt mit Überlegungen von Roger Friedland, John Mohr, Henk Roose und Paolo Gardinali (2014) aufgenommen werden soll⁷.

Im Rekurs auf die Giddens'sche Strukturationstheorie sprechen Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 77) von „[...] embedded agency, or social action, that is culturally embedded in institutional logics.“ Die Eingebettetheit des Handelns wird dabei ähnlich wie in der Giddens'schen Figur der Dualität von Struktur und Handeln als Restringierung und Ermöglichung

⁷ Die Diskussion über Stärken und Schwachstellen des Institutionalismus, Neo-Institutionalismus und der Institutional Logics-Perspektive verbindet sich seit geraumer Zeit immer wieder mit der Frage, welche Sozial-, Gesellschafts-, Subjekttheorie sich hier als anschlussfähig erweisen könnte. Es sind im Wesentlichen drei Theorien, die verhandelt werden. Mit Blick auf den Institutionalismus und Neo-Institutionalismus wird die Bourdieu'sche Theorie auf ihre bedingte Anschlussfähigkeit hin diskutiert (vgl. Florian 2008). Mit Blick auf die Institutional Logics-Perspektive in der Lesart von Friedland/Alford (1991) wird der Vergleich zur französischen pragmatischen Soziologie gezogen (vgl. Cloutier/Langley 2013). Im Umfeld der von Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012) angesiedelten Lesart ist der Bezug zur Giddens'schen Strukturationstheorie stärker.

gedacht, wobei zwischen struktureller, kognitiver, kultureller und politischer „embeddedness“ unterschieden wird (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 76-77, 79). Aus dieser Konzeption des eingebetteten Handelns sind die folgenden Überlegungen hervorhebenswert: Als Pendant zur Fassung von Gesellschaft als interinstitutionelles System werden Individuen hier, anders als im Konzept der Rollendifferenzierung, multiple Identitäten („multiple identities“) zugesprochen, welche verbunden mit multiplen Vorstellungen und Zielen, die einander durchaus widersprechen können, ihre Wahrnehmung („cognition“), ihr Handeln und damit die Art und Weise prägen, wie sie an der Hervorbringung institutioneller Logiken in den Organisationen und Feldern mitwirken. Analoges gilt für die Eingebettetheit von Organisationen, die ebenfalls verschiedenen Logiken folgen bzw. sie mit hervorbringen (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 79-80). Anders und im Rückgriff auf die eingangs zitierte Definition institutioneller Logiken gesagt: Theorien, Rahmen, Narrative werden individuell und organisational über Mechanismen („mechanisms“) der Sinnfindung, des Entscheidens und der Mobilisierung („sensemaking“, „decision making“, „mobilization“) in die Vokabulare der Praxis eingebettet („embedded in vocabularies of practice“) und dadurch materiell (vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 149-160). Institutionelle Logiken erlangen also Geltung, indem sie praktisch werden, und so das individuelle und organisationale Handeln autorisieren, anleiten, legitimieren und identitätsbildend wirken.

Allerdings ist die linguistische und kognitive Wende in der Institutional Logics-Perspektive nicht unwidersprochen geblieben. So machen Roger Friedland, John Mohr, Henk Roose und Paolo Gardinali (2014) darauf aufmerksam, dass Sprache und Kognition allein zu kurz greifen, um das Praktisch-Werden der Logiken zu erfassen. Entsprechend räumen sie Glauben („belief“) und Gefühl („emotion“) einen anderen Stellenwert ein, wobei sie ihren Weber-Bezug partiell abschwächen:

„Institutional logics are not Weberian value rationalities grounded in individual will, an isolable intention, unhinged from any particular regime of practice [...]. Value rationalities hinge on a subjective pursuit of a value ultimately independent of practical forms and their consequences. Institutional logics, in contrast, hinge on a subjective pursuit of a value that is only knowable and actionable through practical forms involving words, objects and bodies in which that value is immanent. In an institutional logic person, practice, and value are co-implicated. Institutional substances not only ground objectification, but subjectification, belief and emotion, cognition and investment, upon which the instituting and the institutionalization of practice depend.“
(Friedland/Mohr/Roose/Gardinali 2014: 4)

Der gemeinsame Kern beider (und noch anderer) Institutional Logics-Perspektiven besteht darin, dass institutionelle Logiken erst Geltung erlangen, indem sie in der ausgeführten Weise praktisch werden.

2.3 Perspektiverweiterung und bedingter Kritikverlust

Der in der neueren Ausformulierung der Institutional Logics-Perspektive eingeschlagene Weg einer metatheoretischen Reflexion mit zahlreichen kursorischen Theoriebezügen ist in der Frage nach dem Anregungspotenzial für die soziologische Gegenwartsanalyse sperriger als die ursprüngliche engere

Fassung. Interessant an den verschiedenen hier bloß ausschnitthaft betrachteten Fassungen ist gleichwohl Folgendes: Die Institutional Logics-Perspektive betont, was angesichts der institutionalistischen und neo-institutionalistischen Wurzeln nicht verblüffen muss, zwar einerseits die institutionelle Konditionierung des Handelns; damit erschließt sie vorrangig, wie Akteure, seien es Organisationen, seien es Individuen, auf die an sie im Kontext der institutionellen Ordnungen herangetragenen Anforderungen antworten. Indem sie Handeln damit zwar als eingebettet in das Institutionengefüge und die verschiedenen institutionellen Ordnungen, aber auch als kognitiv, emotional und affektiv gespeist begreift, öffnet sie den Blick dafür, dass die institutionellen Logiken in sehr unterschiedlicher Weise praktisch werden können. Somit und da in der Systematik der Argumentation eine Betrachtungsweise angelegt ist, wonach alle Logiken in allen Feldern und Organisationen praktisch werden können, kann also auch institutionell und normativ ‚eigentlich‘ nicht Vorgesehenes geschehen und geschieht dies in der Regel auch (vgl. auch Boxenbaum 2014: 1-3; Friedland/Mohr/Roose/Gardinali 2014: 4). Anders als in differenzierungstheoretischen Ansätzen der Organisationsforschung (vgl. pointiert Tacke 2007) erfolgt außerdem keine theoretische Vorentscheidung darüber, wie dies im Kontext der Verfasstheit von Organisationen geschehen kann. Und es wird auch nicht der in der Organisationsforschung gängige Weg beschritten, dasjenige, was im jeweiligen Feld und in der jeweiligen Organisation ‚eigentlich‘ nicht sein darf, zum informellen Teil des Geschehens zu erklären (vgl. bilanzierend Wilz 2002). Die Institutional Logics-Perspektive lässt sich vielmehr als Anregung lesen, den verschiedenen institutionellen Logiken systematisch Rechnung zu tragen, indem in den verschiedenen Feldern und Organisationen herausgearbeitet wird, wie sie praktisch werden.

Die Begrenzung auf Organisationen ist dabei vermutlich der Herkunft der Perspektive aus dem skizzierten Wissenschaftssegment geschuldet; mir ist kein Grund ersichtlich, warum der Privathaushalt neben den Organisationen als ein Ort (nicht eine Ordnung oder Logik), an dem die verschiedenen Logiken Geltung erlangen, ausgeklammert bleiben sollte; Erweiterungen der Anwendungsbereiche nehmen auch Roger Friedland, John Mohr, Henk Roose und Paolo Gardinali (2014) vor, wenn sie Intimität zum Thema machen. Überall können, um die eingangs genannten Definition nochmals heranzuziehen, letztlich all diejenigen institutionellen Logiken relevant werden, durch die „[...] individuals and organizations provide meaning to their daily activity, organize time and space, and reproduce their lives and experiences.“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 2)

Die größte Einschränkung bezüglich der Reichweite ihrer Fassung der Institutional Logics-Perspektive machen Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012: 65) selbst, indem sie feststellen, dass Fragen von Macht, Herrschaft, Ungleichheit, wenngleich sie empirisch offensichtlich eine Rolle spielen, eine weitgehende Leerstelle ihres Ansatzes bzw. Desiderat der weiteren Theoriearbeit sind. Dieser Rückfall hinter den Forschungsstand im Feld ist in gewisser Weise in ihrer Fassung von Gesellschaft als interinstitutionellem System angelegt, die weniger der Weber’schen Rationalisierungs- und Herrschaftskritik verbunden ist, als der von ihnen kritisierte World Polity-Ansatz oder auch Roger Friedlands und Robert R. Alford’s (1991) Zugang es bereits waren. Ihr evolutionstheoretisch basiertes, mit dem Begriffspaar der Emergenz und Kontingenz arbeitendes Vorgehen lässt sie nicht systematisch danach fragen, inwieweit den institutionellen Ordnungen und dem

interdependenten und widersprüchlichen Gefüge des Gesamts die Geschichte und unter gegebenen Verhältnissen eben die Herrschaftsgeschichte ihrer Herausbildung eingeschrieben ist (vgl. Aulenbacher 2010) und wie sich dies in Institutionen, in institutionalistischer Perspektive beispielsweise verstanden als „[...] stets umstrittene, immer nur zeitweilige Kompromisse zwischen grundsätzlich inkompatiblen Handlungsorientierungen [...]“ (Streeck 2013: 11), bemerkbar macht.

So sind aber Professionen ein historisches Paradebeispiel für die Vermachtung von Feldern und die herrschaftsförmige Organisation von Wissensbeständen, wenn etwa die Heilkunde mit der Herausbildung der modernen Medizin eine durchgängig Männer privilegierende Reorganisation erfahren hatte (vgl. etwa die Studien in Wetterer 2002). Die versachlichten Logiken des (Arbeits-)Marktes, um ein weiteres Beispiel anzuführen, sind nicht als herrschaftsfrei zu begreifen, wenn darin von all den Lebensbelangen, die der bloß „fiktiven Ware“ (Polanyi 1978) Arbeitskraft anhaften, nur deshalb abgesehen werden kann, weil sie schicht-, ethnizitäts- und geschlechtsbasiert anderweitig, nicht zuletzt im Privathaushalt, bearbeitet werden (vgl. Acker 1990). Solche Momente von Macht, Herrschaft und Ungleichheit ließen sich für alle institutionellen Ordnungen ansprechen; sie können in den einschlägigen Forschungsständen nachgelesen werden, weshalb ich es an dieser Stelle bei den beiden Beispielen belassen will.

Ferner sprechen Patricia H. Thornton, William Ocasio und Michael Lounsbury (2012) bezüglich der Gesellschaft als interinstitutionellem System zwar ausdrücklich die Interdependenz der Ordnungen und die Widersprüche zwischen ihnen an. Anders als in einem relationalen Gesellschaftsverständnis, wie es beispielsweise in der Kritischen Theorie, der Bourdieuschen Theorie und einigen mehr vorfindbar ist (vgl. Becker-Schmidt 1991; Florian 2008) und auch für die Institutional Logics-Perspektive angemahnt wird (vgl. Friedland/Mohr/Roose/Gardinali 2014), sind ihnen die herrschaftsförmigen „Konnexionen“ (Becker-Schmidt 2000: 40) jedoch kein Thema, die bei aller relativen Autonomie gesellschaftlicher Funktionsbereiche oder, in den Worten der Institutional Logic-Perspektive, der „near-decomposition“ des interinstitutionellen Systems (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012: 60) für Vor- und Nachrangigkeiten sorgen, etwa zwischen Markt und Familie (vgl. Becker-Schmidt 1991). Das Verhältnis der institutionellen Ordnungen zueinander scheint ähnlich, wie die funktionale Differenzierung in den meisten differenzierungstheoretischen Ansätzen in den Blick genommen wird (vgl. Schwinn 2007), weder ungleichheitsbasiert noch herrschaftsförmig zu sein.

Angesichts solcher Leerstellen ist es nicht verwunderlich, dass Patricia H. Thorntons, William Ocasios und Michael Lounsburys (2010: 168-169) Überlegungen zu Macht und Herrschaft vage ausfallen. So werden in sozialkonstruktivistischer Perspektive insbesondere Theorien, Rahmen, Narrative und Praxisvokabulare als von Ungleichheiten durchzogen angesehen. Und es wird angenommen: „Power itself is contingent on institutional logics [...], and on the opportunities offered by challenges to prevailing logics [...]“ (Thornton/Ocasio/Lounsbury 2012:169) Dass Macht und Herrschaft in diesem Sinne als historisch kontingent zu begreifen sind und auch nicht jede Situation herrschaftsförmig ausgerichtet sein muss, ist nicht von der Hand zu weisen, aber es ist eben nur die eine Seite. Macht und Herrschaft sind auch historisch vermittelt (vgl. Aulenbacher 2010) und dies macht sich in jeder der Ordnungen bemerkbar; das will ich hier exemplarisch verdeutlichen.

Carol Cohns (1987) Untersuchung zu „Sex and Death in the Rational World of Defense Intellectuals“ lässt sich, wenngleich sie älter ist als die Institutional Logics-Perspektive, als ein instruktives Beispiel heranziehen. Ich werde sie im Sinne der Institutional Logics-Perspektive dahingehend reinterpreten, wie Macht und Herrschaft fortgeschrieben bzw. neu konstituiert werden, indem die institutionellen Logiken praktisch werden und zur Autoritäts-, Legitimitäts- und Identitätsbildung beitragen⁸. Ihre Untersuchung gilt der Art und Weise, wie „defense intellectuals“ im Rahmen der Abschreckungsdoktrin der USA unter der Regierung von Ronald Reagan Verteidigungskonzepte entwickeln (Vgl. Cohn 1987: 688). Es sind also die Logiken des Staates und der Profession (wie ggfs. des Militärs) im Spiel, wobei die Autorin eine linguistisch angeregte Analyse der Expertensprache, von Metaphern u.a.m. durchführt.

Die Expertensprache wirkt, wie sie zeigt, in professioneller Hinsicht legitimations-, autoritäts- und identitätsbildend, indem sie bereinigend, versachlichend und ein- bzw. ausschließend ist:

„The MX missile will carry ten warheads, each with the explosive power of 300-475 kilotons of TNT: *one* missile the bearer of destruction approximately 250-400 times that of the Hiroshima bombing. Ronald Reagan has dubbed the MX missile ‘the Peacekeeper’. While this renaming was the object of considerable scorn in the community of defense analysts, these very same analysts refer to the MX as a ‘damage limitation weapon’“. (Cohn 1987: 691-692)

Hingegen: „the word ‚peace‘ is not a part of this discourse. As close as one can come is ‚strategic stability‘, a term that refers to a balance of numbers and types of weapons systems [...]“ (Cohn 1987: 708). Autorität gewinne nur, wer sich der Expertensprache bedient, was zugleich bedeutet, sich in ihrer den Diskurs von Bedrohlichem entlastenden und auf die vermeintliche Sachebene begrenzenden Semantik zu bewegen.

Ferner lassen sich metaphorisch die Logiken der Familie und der Religion aufspüren:

„The United States frequently appeared in discussions about international politics as ‚father‘, sometimes cohesive, sometimes benevolent, but always knowing best. [...] The point was made that younger countries simply could not be trusted to know what was good for them, nor were they fully responsible, so nuclear weapons in their hands would be more dangerous than in ours. The metaphor used was that of parents needing to set limits for their children.“ (Cohn 1987: 698)

Und:

„Perhaps most astonishing of all is the fact that the creators of strategic doctrine actually refer to members of their community as ‘the nuclear priesthood’; the tacit admission (*never* spoken directly) that rather than being unflinching, hard-nosed, objective, empirically minded scientific describers of reality, they are really creators of dogma; or the extraordinary implicit statement about who, or rather what, has become god.“ (Cohn 1987: 702)

⁸ Es handelt sich um eine Studie aus dem Bereich feministischer Wissenschaftsforschung. Die Untersuchung wurde 1984 als einjährige teilnehmende Beobachtung in einem universitären Zentrum für Verteidigungstechnologie und Waffenkontrolle in den USA durchgeführt. Das ist eine der Institutionalisierungs- und Organisationsformen, in denen zivile, wissenschaftlich ausgebildete Experten (in diesem Fall seinerzeit: ausschließlich Männer) Verteidigungskonzepte in Kooperation mit der Regierung und dem Militär ausarbeiten. In kritischen Denktraditionen ließe sich das nachfolgend beschriebene Geschehen systematischer, als ich es hier tue, auch als Rationalisierung im Sinne der Verdrängung oder des Unbewusstmachens von Sachverhalten thematisieren (vgl. im Kontext von Reproduktionstechnologien Becker-Schmidt 1992). Für unseren Kontext ist es interessanter, die „sources of authority“, „legitimacy“ und „identity“ hervorzuheben (siehe die vorherige Abbildung zum interinstitutionellen System).

Solche und weitere herrschaftsförmigen Metaphern – etwa die Beschreibung von defekten Bomben als Mädchen-, funktionierenden Bomben als Jungenbomben, des Atomwaffenbesitzes Indiens als Verlust seiner Jungfräulichkeit u.a.m. – erweisen sich zusammen mit der Expertensprache nach Carol Cohn (1987: 690-703, 712-707) außerdem als Momente, aus denen sich letztlich die Gemeinschaft der „defense intellectuals“ konstituiert, in der eine homoerotische Atmosphäre, Vertrautheit, Spaß u.a.m. entstehen (Cohn 1987: 715), wobei auch die Beziehung zu den Waffen eine Rolle spielt: „When we reached the part of sub where the missiles are housed, the officer accompanying us turned with a grin and asked if we wanted to stick our hand through a hole to ‘pat the missile’.” (Cohn 1987: 695) Das Undenk- und Unsagbare, die massenhafte Vernichtung von Leben, wird hingegen verdrängt. Es zeigen sich letztlich also vielfältige Formen der Herrschaftsvermittlung von der Herrschaftsförmigkeit des Expertenwissens bis zur Geltendmachung „normativer Ordnungen“ (Forst/Günther 2010: 7), die metaphorisch zum Ausdruck gebracht werden, so dass es viel zu kurz greifen würde, Macht und Herrschaft allein als kontingent zu begreifen.

Die Frage, wie Macht und Herrschaft ins Spiel kommen, griffe allerdings zu kurz, würde sie ausschließlich darauf zielen, sie – wie hier im Anschluss an Carol Cohn (1987) illustriert – darin ausfindig machen zu wollen, wie die institutionellen Logiken praktisch werden. Royston Greenwoods, Mia Raynards, Farah Kodeih, Evelyn R. Micellotas und Michael Lounsburys (2011) Ansatz führt hier weiter, indem die Felder und Organisationen aus der Institutional Logics-Perspektive in den Blick genommen werden. Die Frage des AutorInnenteams lautet, wie Organisationen auf institutionelle Komplexität („institutional complexity“) antworten, ausgehend von der folgenden Konstellation:

„Logics [...] provide guidelines on how to interpret and function in social situations. [...] Typically, organizations face multiple logics, that may – or may not – be mutually incompatible [...]. To the extent that the prescriptions and proscriptions of different logics are incompatible, or at least appear to be so, they inevitably generate challenges and tensions for organizations exposed to them.“
(Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 318)

Ferner werden die AkteurInnen in den Organisationen von den AutorInnen als Individuen begriffen, die in die verschiedenen legitimitäts-, autoritäts- und identitätsbildenden Ordnungen hinein sozialisiert sind und institutionelle Logiken praktisch werden lassen, welche nicht unbedingt in Übereinstimmung mit der Organisation bzw. mit allen ihren Teilen stehen müssen. Ihre potenzielle Geltung hänge dann nicht zuletzt davon ab, wie viel Heterodoxie zugelassen ist (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 348-352). In Carol Cohns (1987) Beispiel der Autorität qua semantisch begrenzter Expertise waren die Spielräume für heterodoxe Interpretationen gering. Für die Finanzökonomie beispielsweise weist Brigitte Young (2012) auf Abschottungen gegenüber anderem als der standardökonomischen Theorie hin.

Systematisch veranschlagen Royston Greenwood, Mia Raynard, Farah Kodeih, Evelyn R. Micellota und Michael Lounsbury (2011) im Wesentlichen vier Einflussfaktoren, die mitentscheiden, welche Logiken Geltung erlangen. Sie unterscheiden zum einen zwischen reifen und emergierenden Feldern („mature field“, „emerging field“), erstere bereits institutionell und von Akteuren besetzt, letztere sich herausbildend, wodurch sie sich im Grad von „fragmentation“, „formal structuring/rationalization“,

„centralization/unification“ (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 337) unterschieden und damit unterschiedlich offen seien. In der Altenpflege als „reifem Feld“, wo durch die Trägerinstitutionen und -organisationen, vor allem Caritas und Diakonie, die Logik der Religion traditionell immer schon eine Rolle gespielt hat, bildet sich zurzeit ein neues Feld bzw. Segment heraus, die diversitätsgerechte oder kultursensible Pflege. Hier verbinden Anbieter Logiken der Religion, des Marktes und der Profession in neuer Weise, wenn privatwirtschaftliche Pflegeunternehmen ihr Angebot auf Pflegende und zu Pflegende gleicher, beispielsweise islamischer Religionszugehörigkeit zuschneiden, damit in neuer Weise kultureller Heterogenität Rechnung tragen und darüber wettbewerbsfähig werden wollen, dass sie dies zugleich zu ihrem professionellen Profil werden lassen. Zum zweiten benennen Royston Greenwood, Mia Raynard, Farah Kodeih, Evelyn R. Micellota und Michael Lounsbury (2011: 348-352) die Position der Organisationen im Feld (zentral oder peripher, Größe und Status), zum dritten die Eigentumsverhältnisse und Steuerungsformen („ownership“, „governance“) wie die Identitäten und Selbstbeschreibungen der Organisationen und zum vierten die Position der Individuen in der Organisation als zu berücksichtigende Einflussfaktoren in der Frage, welche organisationalen Antworten auf die komplexen Anforderungen gegeben werden und wie sich dies in Strategien und Strukturen niederschlägt (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 339-348). Strategien beziehen sich systematisch darauf, welche Logiken durchgesetzt werden und dies ist letztlich eine Ressourcenfrage. „The response of an organization to competing logics [...] is partly a function of how logics are given voice within the organization; but the ability of a voice to be heard is linked to the influence of that logic’s field-level proponents over resources – including legitimacy – that they control.“ (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury: 349). Dabei müsse es sich nicht um eine Logik handeln, sondern „[...] various organizations often have an ‚institutional identity‘ that prescribes that they use the structurally differentiated hybrid. In these contexts, the legitimacy of a subunit is dependent upon the existence of other subunits [...].“ (Greenwood/Raynard/Kodeih/Micellota/Lounsbury 2011: 355) Wer welchen Logiken Geltung verschaffen kann, wird so letztlich zu einer Macht- und Ressourcenfrage in Feldern und Organisationen, die in unterschiedlicher Weise bereits (auch herrschaftsförmig) strukturiert sind.

2.4 Fazit

Die Anregung, die aus der Institutional Logics-Perspektive gezogen werden kann, besteht darin, in der Untersuchung eines jeden Feldes, einer jeden Organisation und, wie ich erneut ergänzen will, des Privathaushalts systematisch mit zu bedenken, dass – im Grunde – jede institutionelle Logik Geltung erlangen kann. Aus meiner Sicht erklärt dies – neben den Arbeiten und Bemühungen der ProtagonistInnen –, warum die Institutional Logics-Perspektive sich in den 1990er Jahren bis heute vergleichsweise rasant zu einem neuen Mainstream entwickeln konnte. Sie nimmt in gewisser Weise auf, was sich in der seitherigen gesellschaftlichen Entwicklung forciert gezeigt hat: Mit der Ökonomisierung des Sozialen verbinden sich Bewegungen im gesamten funktionsteiligen Gefüge der Gesellschaft. Die Herausforderung besteht darin, die Macht- und Herrschaftsförmigkeit dieses Geschehens hervorzuholen, was mit der Institutional Logics-Perspektive nicht ohne Weiteres möglich

ist, sondern ihre Einbettung in andere Betrachtungsweisen erfordert. Im nächsten Abschnitt will ich die Institutional Logics-Perspektive ausgehend von den eingangs herausgestellten herrschaftskritischen Analysen exemplarisch auf die Ökonomisierung der universitären Wissenschaft anlegen und zeigen, was sich damit in den Blick bekommen lässt.

3. Institutionelle Logiken und die Ökonomisierung der universitären Wissenschaft

Es geht mir in diesem Abschnitt nicht um eine tiefgehende Analyse der Ökonomisierung der universitären Wissenschaft, sondern um einen Blick auf das komplexe Geschehen so, wie er von der Institutional Logics-Perspektive angeregt wird. Wenn eingangs mit Cornelia Klinger (2014: 32) ‚im Großen‘ angesprochen wurde, dass es eine Umstellung im leitenden gesellschaftlichen „Handlungssystem“ von Politik und Staat zu Ökonomie und Markt gibt, und mit Oskar Negt (2001) auf Verschiebungen im Verhältnis von Markt und Demokratie aufmerksam gemacht wurde, dann ist die Frage, wie sich dies ‚im Kleinen‘ vollzieht. Die Institutional Logics-Perspektive ist hier als Anregung zu verstehen, verschiedene Entwicklungen miteinander in Verbindung zu bringen.

3.1 Die universitäre Wissenschaft als vermarktlichtes und landgenommenes Feld

Die Ökonomisierung des Sozialen lässt sich hinsichtlich der Entwicklung der universitären Wissenschaft unter verschiedenen Aspekten ansprechen, nicht zuletzt mit Blick auf Arbeit, Organisation, Wissen. Das Spektrum will ich aufmachen, um zu zeigen, wie sich die Ökonomisierung des Sozialen hier niederschlägt; hierzu greife ich die beiden eingangs genannten und von mir im Großen und Ganzen geteilten Diagnosen kritischer Arbeitsforschung bzw. Gesellschaftsanalyse erneut auf.

Michael Burawoy (2011: 27-31) thematisiert die Vermarktlichung der Universitäten vor allem in ihren Folgen für das Wissen und darunter die professionellen Wissensbestände und -entwicklungen. Verschiebungen im Verhältnis von Markt und Staat, was die Regulierungsmodelle („regulatory models“) verschiedener Länder angeht (Burawoy 2011: 27), schlagen sich demnach in der Gefährdung des professionellen Wissens nieder, wobei sich die Universitäten zwischen zwei idealtypischen Tendenzen („ideal typical tendencies“) bewegten: Kommodifizierung und Regulation („commodification and regulation“) (Burawoy 2011: 31). Ohne dies hier im Detail wiederzugeben, spricht der Autor etwa am Beispiel des britischen Hochschulsystems, in Bezug auf das sowjetische Modell und mit Blick auf die Bologna Reform an, wie Rankings und Standardisierungsprozesse die Arbeit in der Wissenschaft tiefgreifend verändern und letztlich die (bisherige) Professionalität zerstören:

„British higher education has developed an elaborate auditing culture that has led academics to devote themselves to gaming the system, distorting their output – such as publishing essentially the same article in different outlets – while devaluing books, and creating and attracting academic celebrities to boost RAE ratings. Perhaps the most debilitating consequence has been the shortening of the time horizons of research, so that it becomes ever more superficial. This Soviet Model has been exported from Britain to Europe with the Bologna Process that homogenizes and

dilutes higher education across countries, all in the name of transferability of knowledge and mobility of students, making the university a tool rather than a motor of the knowledge economy.“⁹

Es handelt sich bei der Vermarktlichung der Universitäten letztlich um eine Indienstrahmung der Wissenschaft, die zugleich über die Ausrichtung des Wissens mit entscheidet.

Klaus Dörre und Matthias Neis (2010: 21-22) untersuchen die universitäre Wissenschaft in Deutschland (in ihren regionalen Ansiedlungen) mit Blick auf Arbeit, Organisation, Wissen als einen Sektor, auf den sich die neuen kapitalistischen „Landnahmen“ erstrecken. Universitäten erfahren eine erhebliche Umgestaltung. Wissenschaft werde in Richtung eines akademischen Kapitalismus getrieben, wie sie an die einschlägige internationale Debatte anschließen (vgl. Dörre/Neis 2010: 144). Reorganisationsprozesse beziehen sich den Autoren zufolge beispielsweise auf das Verhältnis von professioneller Arbeit und organisationalen Anforderungen. In der „unternehmerischen Universität“, so ihre Diagnose im Kontext institutionalistischer Organisationsforschung, werden der „Steuerungsanspruch“ und die Steuerungsformen erheblich verändert, verbunden auch mit neuen Formen der Legitimation universitären Handelns; ein Machtzugewinn der Universitätsleitungen gehöre ebenso dazu wie Veränderungen des Handelns der Dekanate, wo zusehends strategische Elemente in den Vordergrund träten (Dörre/Neis 2010: 57-79). Innovation werde zur Leitlinie organisationaler Diversifizierung, zum Beispiel in Gestalt von Ausgründungen (vgl. Dörre/Neis 2010: 81-114). „Marktsteuerung und starke Organisation als Prinzipien“ (Dörre/Neis 2010: 115) beeinflussten die Anforderungen, die die Universitäten an sich gestellt sehen (z.B. Drittmittelakquise) und die Art und Weise, wie sie darauf antworten (z.B. Ziel- und Leistungsvereinbarungen), was nicht bedeute, dass die Ziele (z.B. die Erhöhung des Forschungsoutputs) mit den „wettbewerbsgenerierenden Instrumenten“ ohne Weiteres erreicht würden, da sie beispielsweise die Kreativität gefährden (Dörre/Neis 2010: 153).

In beiden Betrachtungen zur Reorganisation universitärer Wissenschaft kommt zum Ausdruck, was auch gängiges Verständnis in der Organisationsforschung ist: Universitäten sind als Hybride zu betrachten. In der Institutional Logics-Perspektive wird dies folgendermaßen formuliert: „Universities [...] are legitimate only if they use hybrid structural arrangements, hosting multiple professional disciplines *and* balancing professional and commercial goals. Further, they are expected to respect the norms of community logics, both in their relationships with students [...] *and* with local communities in which they are located. [...]“ (Greenwood et al. 2011: 355). Und da in diesem Zitat implizit die angloamerikanische, bereits früher und stärker vermarktlichende Entwicklung mitschwingt, sei für die Hochschullandschaft im deutschsprachigen Raum ergänzt, dass eine nach wie vor wesentliche Logik diejenige des Staates ist, wobei sie durch diejenige des Marktes in der zuvor angesprochenen Weise eben zusehends durchgesetzt wird. Und schließlich kann, wie der nächste Abschnitt zeigt, die Logik der Familie relevant werden. Durchspielen will ich nun, was noch in den Blick gerät, wenn die Institutional Logics-Perspektive auf die Ökonomisierung der universitären Wissenschaft angelegt wird.

⁹ Das RAE-Rating („Research Assessment Exercise“) ist inzwischen umbenannt in „Research Excellence Framework“ (REF). Es wurde 1986 nach Budgetkürzungen eingeführt und erhebt alle vier Jahre die Forschungsleistungen der Universitäten, die unter anderem auf dieser Grundlage finanziert werden (vgl. Aulenbacher/Binner/Dammayr 2014).

3.2 Die Ökonomisierung des Sozialen und institutionelle Logiken – Das Beispiel der österreichischen Universitäten

Zweifelsohne gilt auch für die universitäre Wissenschaft, dass die Ökonomisierung des Sozialen als Dominanz beanspruchende Tendenz anzusehen ist. Allerdings wird die unternehmerische auch als geschlechter- oder diversitätsgerechte und familienfreundliche Universität konzipiert und reorganisiert. Und dies ist nur bedingt ein ‚Nebenschauplatz‘: Zwar sind die entsprechenden AkteurInnen in der Regel nicht entscheidungsbevollmächtigt, aber ihre Themen stehen für gesellschaftliche Problemlagen oder Fragen, an denen die unternehmerische Universität offensichtlich nicht vorbeigehen kann, so dass sie im organisationalen und individuellen Handeln Raum greifen. In diesem Sinne handelt es sich um Themen, die von der Gesellschaft auf die universitäre Agenda gesetzt werden. Im Falle von Geschlechtergerechtigkeit und Diversität können diese Aktivitäten etwa mit Nancy Fraser (2003) als Ausdruck dessen verstanden werden, dass mit der vorangeschrittenen Durchsetzung der bürgerlichen Gleichheitsordnung die Anerkennung von Verschiedenheit zu einem großen Thema geworden ist. Im Falle der Familienfreundlichkeit machen sich Problemlagen bemerkbar, die daraus resultieren, das vormalige Arrangements, nicht zuletzt die tradierte familiale, geschlechtsbasierte Arbeitsteilung angesichts der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und weiterer Entwicklungen nicht mehr ohne Weiteres greifen (vgl. Fraser 2009). Daher ist die interessante Frage, welche Handlungsorientierungen sich hier wie mit der Ökonomisierung des Sozialen verbinden, wie sich dies in der Neujustierung des Verhältnisses von Markt und Demokratie im Feld der Wissenschaft bemerkbar macht und wie Zugänge zu wissenschaftlicher Arbeit neu organisiert werden in Verbindung damit, welches Wissen hier gewünscht ist.

Wie die universitäre Entwicklung verläuft, ist, was die internationale Entwicklung angeht und unbenommen der von Michael Burawoy (2011) angesprochenen Standardisierungsprozesse, unter anderem von den unterschiedlichen (sozial)staatlichen Einbettungen der Universitäten geprägt. Ich greife das Beispiel Österreich heraus, wo auf der Grundlage einer veränderten Universitätsgesetzgebung vergleichsweise spät, aber umso radikaler gegenwärtig zeitgleich die Bologna Reform umgesetzt, New Public Management-Instrumente implementiert, Diversity Management eingeführt, die EU-Richtlinie des Gender Mainstreaming verfolgt und Auditierungen als familienfreundliche Universität angegangen werden. Hier ist also in ungeheurer komprimierter Weise Anschauungsmaterial gegeben, um die Logiken des Staates, des Marktes, der Profession, der Community und der Familie dahingehend zu betrachten, wie sie praktisch werden und wirken.

3.2.1 Institutioneller und organisationaler Wandel im Zusammenspiel der Logiken

Mit Blick auf die Logik des Staates fassen Susanne Pernicka, Stefan Lücking und Anja Lasofsky-Blahut (2012: 31) zusammen, was die letzte Änderung der Universitätsgesetzgebung, das UG 2002, in Sachen Organisation erbracht hat:

„Die Universitäten erhielten institutionelle Autonomie in Form voller Rechtsfähigkeit sowie in Personal- und Budgetfragen und die Kompetenzen des Universitätsmanagements wurden drastisch

gestärkt. Gleichzeitig kam es zu erheblichen Abstrichen im universitären Mitbestimmungsmodell [...]. Die gesetzlich vorgesehene Struktur der überregionalen Mitbestimmung des Mittelbaus gegenüber dem Bundesministerium für Wissenschaft, die Bundeskonferenz, wurde ersatzlos abgeschafft. Die Bundeskonferenz hatte ebenso wie die Professorenkonferenz und die Rektorenkonferenz ein Recht auf Stellungnahme in Bezug auf wissenschafts- und forschungspolitische Gesetzesvorlagen. An die Stelle der demokratischen Selbstverwaltung der Universitäten ist ein mächtiger Vorstand getreten: der/ die RektorIn und die VizerektorInnen, die als Kollegialorgan extensive Rechte bei der Leitung der Universität genießen. Aufgaben des Rektorats sind neben der Leitung die Vertretung der Universität nach außen, die Erstellung eines Entwurfs der Satzung, eines Entwicklungsplans und eines Organisationsplans etc. [...]. Das UG 2002 sieht darüber hinaus vor, dass den Universitäten erstmals die Kollektivvertragsfähigkeit zukommt.“

Mit dem UG 2002 wurden außerdem Koordinationsstellen für Gleichstellung eingerichtet, somit neue Akteure ins Spiel gebracht, die je nach Nähe zu den Rektoraten und weiterer Vernetzung in der Universität, zum Beispiel mit dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen, unterschiedlich einflussreich sind. Überhaupt ist Gleichstellungspolitik auf diese Weise offensiver staatlich initiiert worden, wobei die Instrumente, mit denen universitär gearbeitet wird, betriebswirtschaftlich unterfüttert sind und recht nahtlos an New Public Management-Instrumente anschließen (z.B. Gender Budgeting), was auch bereits in den Konzepten der EU-Richtlinie des Gender Mainstreaming, des Human Resource-Ansatzes des Diversity Managements oder von Dual Career-Konzepten angelegt ist (vgl. Kahlert 2013; Meuser/Riegraf 2010).

Den mit der neuen Gesetzgebung hervorgebrachten Demokratieverlust, was organisationale Hierarchien, die Mitbestimmung und damit auch Möglichkeiten professioneller Stellungnahme angeht, steht mit der durch Gleichstellungspolitiken und Diversity Policies erzeugten Inklusivität der Universitäten ein Demokratiegewinn anderer Art gegenüber, insofern in der Wissenschaft traditionell marginalisierte Gruppen, nicht zuletzt Frauen und MigrantInnen nun stärker einbezogen werden (ausgedrückt beispielsweise in steigenden Frauenanteilen auf allen Beschäftigungsebenen in der Wissenschaft, im Studium, in den Gremien). Beides zusammen genommen ist in historischer Perspektive betrachtet von zwiespältiger Gestalt.

So gilt, um dies nur an einem Beispiel in Bezug auf die Kollegialverwaltung deutlich zu machen, in Österreich für alle Selbstverwaltungsgremien eine vierzigprozentige Frauenquote. Da Frauen in den besonders gremienrelevanten Positionen mit der entsprechenden organisationalen Macht immer noch in der Minderheit sind, sind sie in Relation zu Männern stärker in die Selbstverwaltung involviert, was in der Wissenschaft zugleich bedeutet, für die professionell wichtigen und reputierlichen Tätigkeiten des Schreibens, Vortragens etc. weniger Zeit zu haben. Dem wiederum steht nur bedingt ein Gewinn hinsichtlich ihrer professionellen Mitsprachemöglichkeiten bei der Entwicklung der Universitäten gegenüber. Die quotenvermittelte Öffnung der Gremien erfolgt wie bereits gesagt zu einem historischen Zeitpunkt, an dem Wissenschaft in der oben ausgeführten Weise in ihrer Substanz gefährdet ist und die Kollegialorgane ihre vorherige Macht in der Steuerung der Geschicke der Universität (und neben herrschaftskonformen Aktivitäten damit auch hinsichtlich der in herrschaftskritischer Perspektive als erforderlich anzusehenden Gegensteuerung) eingebüßt haben. Die Einflussmöglichkeiten, die Frauen hier bekommen, sind denjenigen, die vormals über die Kollegialverwaltung entfaltbar waren, nicht

vergleichbar; sie ziehen – wie auch andere marginalisierte Gruppen, allerdings ohne Quote – gewissermaßen unter postdemokratischen Vorzeichen in die Gremien ein. Die soziale Öffnung der Universitäten für weitere Bevölkerungsteile als zuvor geschieht unter ökonomischen Vorzeichen im Kontext von Demokratieverlusten.

Mit dem UG 2002 wurden, was die Arbeit in der Wissenschaft angeht, außerdem die Grundlagen dafür geschaffen, das Beschäftigungssystem radikal umzubauen. „Die genannten Universitätsreformen haben nun dazu geführt, dass eine sehr heterogene Beschäftigungsstruktur (bestehend aus BeamtInnen, Vertragsbediensteten, Angestellten, freien DienstnehmerInnen, Teilzeitbeschäftigten etc.) mit einer rasch anwachsenden Gruppe befristet Beschäftigter im Mittelbau entstanden ist.“ (Pernicka/Lücking/Blasofsky-Lahut 2012: 32) Bot das österreichische Hochschulsystem zuvor vergleichsweise vielen WissenschaftlerInnen unterhalb der Professur attraktive verstetigte Beschäftigungsperspektiven, so lässt sich seither von Prekarisierungstendenzen sprechen, was insbesondere Prädoc- und Postdoc-Stellen angeht. Zwar gibt es neue Postdoc-Stellen mit Laufbahn-, also Entfristungsoption und Aufstiegsmöglichkeit zu einer assoziierten Professur, es sind aber sehr wenige Stellen und anders als zuvor sind sie an vielfältige Leistungsanforderungen gekoppelt (Habilitation, Drittmittelinwerbung, Auslandsaufenthalt, referierte Publikationen u.a.m.). Sie werden bei einer sechsjährigen Laufzeit des Beschäftigungsverhältnisses in einer maximal fünf-, mindestens vierjährigen Qualifizierungsvereinbarung als, so der offizielle Sprachgebrauch, Milestones fixiert (vgl. Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013). Es sind, zumindest für den entfristeten Zugang zur Wissenschaft, also neue „Bewährungsproben“ institutionalisiert worden (Dörre/Haubner 2012 im kategorialen Anschluss an Boltanski/Thévenot), in denen sich Markt- und Professionslogik verbinden.

Neben der Einschränkung der Mitbestimmung wird die neue Befristungspolitik (Prädoc-Stellen auf vier Jahre, Postdoc-Stellen auf sechs Jahre) an den österreichischen Universitäten als der größte Einschnitt gesehen. Der von uns befragte¹⁰ Professor Bruno Weil dazu:

„Welcher Karriereschritt der bedeutendste ist, also natürlich würde ich sagen, würde jeder, ich kenne niemanden, der diesen Übergang von ah einer befristeten Stelle zu einer unbefristeten Stelle nicht als den bedeutendsten Schritt ansehen würde (.), weil er ja doch die Sicherheit gibt, im System drinnen zu sein und ah es empfinden viele auch nicht so als dramatisch, wenn dann ah (.) diese Position im Mittelbau verbleibt. Aber es gibt eine gewisse Sicherheit, es gibt die Möglichkeit, den Rest der Berufslaufbahn wissenschaftlich zu arbeiten und das ist ja letztlich das Ziel von allen Personen, die sich an die Universität begeben wollen [...].“ (M1: 49)

Es ist ein erheblicher Bruch mit der österreichischen Wissenschaftskultur, dass Stellen nicht mehr im Rahmen vorgesehener Laufbahnen und nach Erlangen der formalen Voraussetzungen, also Dissertation und Habilitation, entfristet werden, sondern im Regelfalle auslaufen (vgl. Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013). Auch ist es ein Bruch, wenn im Falle der wenigen neuen

¹⁰ Die hier und im Weiteren zitierten Interviewpassagen sollen der Illustration dienen und stammen aus vier Universitätsfallstudien, die 2012 gemeinsam mit Kristina Binner in einem Lehrforschungsprojekt zum Thema „Arbeit, Alltag und Geschlecht in der Wissenschaft“ an der JKU Linz durchgeführt wurden (zitiert wird aus den Transkripten der ExpertInneninterviews: Materialienband 1, daher M 1 und aus den Transkripten der WissenschaftlerInneninterviews: Materialienband 2, daher M2). Die hier untersuchten vier Universitäten gehören zu den insgesamt elf österreichischen Universitäten, die staatlicherseits eingerichtet worden waren und für die der mit dem UG 2002 gestartete Reorganisationsprozess voll zum Tragen kommt.

Laufbahnstellen weitere Leistungen gefordert werden bzw. dieselben Leistungen anders betrachtet werden¹¹. Die Sicht der Personalmanagerin Gisela Puch auf die Veränderung ist nicht untypisch:

„[...] Hineinkommen ist jetzt einmal nicht so schwierig. Also, ich muss da jetzt vorausschicken: Ich bin eine absolute Gegnerin dieses Dienstrechtes, weil das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Ja, also zu meiner Zeit, als ich Studienassistentin und Vertragsassistentin war, ist man relativ leicht [...] in ein sehr langjähriges Dienstverhältnis gekommen. Ja, da hat man für die Habil alleine schon acht oder zehn Jahre Zeit gehabt, um dann mit dem Ministerium definitiv gestellt zu werden, selbst wenn man sich nicht habilitiert hat. Das war nicht gut, ja, das war echt nicht gut. Diese Trendumkehr aber ins komplette Gegenteil, dass man wahnwitzig viele befristete Beschäftigungsverhältnisse schafft und den Flaschenhals dann für die nächste Karrierestufe dermaßen zieht, führt dazu, dass Generationen von wissenschaftlichen Mitarbeitern vier Jahre da schauen müssen, in diesen vier Jahren ihre Diss zu schreiben, in der Lehre anfangen müssen, zu publizieren, auf Tagungen zu fahren, ah, die Studierenden vom Prof zu betreuen, Klausuraufsicht und schlagmichtot, was alles so da los ist. Ist ja sehr unterschiedlich, wie die Ausbeutung ahm vonstattengeht [...]“ (M1: 228)

Die Passage dokumentiert, dass die vormalige staatliche Entfristungsorientierung ebenfalls nicht in Einklang stehen musste mit professionell wünschenswerten Qualifikationen für wissenschaftliches Arbeiten und dem entstprechenden Wissen, der Bruch damit gleichwohl kein Umschlagen in das Gegenteil, nämlich in die Befristung bei professionellen Höchstanforderungen durchsetzt von Marktlogiken, hätte sein müssen. Wird der Rahmen dieser Erzählung in den Blick genommen, so schwingt hier wie überhaupt in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskussion um die Reorganisation des öffentlichen Sektors Kritik am sogenannten Bürokratieversagen mit, ohne jedoch in neoliberaler Weise in den Marktlogiken die Lösung zu sehen (vgl. Riegraf 2013; mit Blick auf die universitäre Wissenschaft Schimank 2005).

Zeitgleich zu diesen und weiteren Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse versucht der österreichische Staat, in Sachen Gleichstellungspolitik steuernd in die universitäre Berufungspolitik einzugreifen und schafft neue Instrumente der Karriereförderung für Frauen. Für einen Zeitraum von fünf Jahren erhielten die Universitäten eine Prämie, wenn Frauen berufen wurden, und es werden Postdoc-Stellen als Laufbahnstellen, also zu entfristende Stellen mit Übergang in die assoziierte Professur bei ‚Bewährung‘ in der zuvor genannten Weise ausgeschrieben, mit denen ausschließlich Bewerberinnen adressiert werden, im Alltagsjargon „Frauenstellen“ genannt. Mit all dem sollte und soll der Anteil von Frauen unter den Habilitierten erhöht werden (vgl. Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013; Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2014).

Was weiter oben für die Kollegialverwaltung und die Organisation gesagt wurde, setzt sich somit auch mit Blick auf die im engeren Sinne wissenschaftliche Arbeit fort. Die universitäre Wissenschaft wird als Beschäftigungs- und Betätigungsfeld für Frauen zu einem Zeitpunkt weiter geöffnet, zu dem sie an Attraktivität drastisch eingebüßt hat, was die Beschäftigungsverhältnisse und -bedingungen im weitesten Sinne angeht (von Be-/Entfristung über den Status als Beamte/Angestellte bis zu den Gehältern, die im Vergleich zu den vormaligen Beschäftigungsverhältnissen gesunken sind) und was

¹¹ So müssen in Österreich beispielsweise Dissertationen nicht publiziert werden und muss sich die VerfasserIn damit nicht der Kritik der Scientific Community stellen, was für den Zugang zu einer neuen Laufbahnstelle vermutlich nicht mehr passierfähig ist.

die Möglichkeiten professionellen Arbeitens angeht, das zusehends anderen Belangen untergeordnet ist (z.B. wettbewerbsbasierte Messung des Publikationsoutputs der Universitäten als Grundlage für die Leistungsvereinbarungen mit dem Ministerium und damit für ihre Finanzierung). Auf der Grundlage ganz unterschiedlicher Logiken des Staates (Hochschulautonomie, Gleichstellung u.a.m.), die im UG 2002 gebündelt sind, findet also eine – angesichts des Gleichheitspostulates der Moderne institutionell nicht als intendiert zu begreifende, gleichwohl wirksame – strukturhomologe Abwertung und Feminisierung der Wissenschaft statt (vgl. Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2012).

Die neue Inklusivität der Universitäten im Hinblick auf Geschlecht oder auch auf Ethnizität setzt organisationale Macht außerdem nicht unbedingt außer Kraft. So stellt die Gleichstellungsbeauftragte Britta Groß die Situation folgendermaßen dar:

„Na ja, irgendwann hätten wir natürlich schon sehr gerne auch ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis möglichst auf allen Hierarchieebenen und damit meinen wir wirklich auch nicht nur: Mehr Frauen in den ProfessorInnen-Positionen oder in den Laufbahnstellen [...] dann sicher eine Herausforderung: Wie gehen wir mit Diversity um? Oder damit, was schwierig ist, immer nur zu sagen: Menschen sind nur Mann-Frau, sind nur alt-jung und und und und wie geht man mit den ganzen Intersektionalitätsgeschichten um? [...] und was sicher jetzt speziell für unseren Arbeitskreis ganz massiv ein Ziel ist, es wird immer schwieriger für den wissenschaftlichen Nachwuchs (.) und da aufzupassen bei diesen sogenannten Laufbahnstellen [...], dass uns da nicht auf einmal die Frauen verloren gehen und nur noch Kronprinzen hineingehievt werden und wir dann zwar einen hohen Frauenanteil haben, aber immer nur auf den Rotationsstellen, die dann wieder weg sind [...].“ (M1: 63)

Diese Sicht, wonach unter der Hand doch Männer die attraktiven Stellen bekommen, ist nicht untypisch. Und sie ist für einige AkteurInnen im Feld ein Grund dafür, die neue beschäftigungspolitische Entwicklung nicht nur zu kritisieren, sondern unter professionellen Aspekten und Gleichstellungsgesichtspunkten auch zu begrüßen. Der gestiegene Stellenwert von Marktlogiken (z.B. Wettbewerb) und die veränderte Aufmerksamkeit gegenüber Professionslogiken (z.B. Publikationen und Reputation) scheinen objektive, bemessbare, damit auch belastbare Kriterien zu bieten, um die alten und neuen Männernetzwerke zumindest unter Legitimationsdruck geraten zu lassen.

Zwar lässt sich ein solcher Rückgriff auf Kriterien wie Leistung, Wettbewerb u.a.m. oder auch die ökonomielastige Beschaffenheit der Gleichstellungsinstrumente im Sinne von Nancy Frasers (2009) historischer Argumentation durchaus als Ergebnis der erfolgreichen Vereinnahmung des Feminismus, in diesem Falle, auf dem Weg in den akademischen Kapitalismus interpretieren, aber das allein griffe zu kurz, da es über zwei Punkte hinwegtäuscht: Gerade auch die Gleichstellungsbeauftragten sind sich der Zwiespältigkeiten bewusst; sie agieren zusehends als StrategInnen auf dem Feld der Organisationsentwicklung, um die Öffnungen der Universitäten zu nutzen, ohne ihrer Ökonomisierung und den Demokratieverlusten zuzuarbeiten, was sich teilweise als die Quadratur des Kreises ausmachen lässt (vgl. am Beispiel Deutschlands Hardenberg/Kirsch-Auwärter). Ferner schlagen die Marktlogiken nicht nur auf diese, sondern auch weitere Konstellationen durch, in denen sich der soziale und kulturelle Wandel der Universitäten vollzieht, so etwa die Internationalisierung angesichts des Mobilitätsdiktums der Bologna-Reform (vgl. Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2014; Burawoy 2011). So begrüßt beispielsweise die Personalmanagerin Sonja Priel (M1: 455) den Bruch mit dem früheren

Muster der „Kaminkarrieren“, wodurch WissenschaftlerInnen, in der Mehrzahl allerdings Wissenschaftler vom Studium bis zur außerordentlichen Professur nahtlos aufgestiegen sind – wie Rauch im Kamin, weil er von oben angezogen wird, so die Erklärung der in Österreich gebräuchlichen Metapher –, „[...] ohne woanders gewesen zu sein. Und das hat sich viel verändert. Es ist internationaler geworden an den Universitäten. Die Berufungspolitik ist internationaler geworden ähm kompetitiver auch, denke ich.“

Gleichstellungs-, Diversitäts- und Internationalisierungspolitiken sind, wie in Universitäten ebenso wie in anderen Kontexten deutlich wird, nicht zu trennen vom Wettbewerb um ‚die besten Köpfe‘. Dabei bemisst sich das, was darunter zu verstehen ist, primär an den Anforderungen der unternehmerischen Universität, also an ihrem Verständnis wissenschaftlichen Outputs mit all den dazugehörigen Formen der Wissensproduktion (vgl. Hardenberg/Kirsch-Auwärter 2010).

Neben der Gleichstellungspolitik ist, was Arbeit und Organisation angeht, schließlich das Thema Familienfreundlichkeit in die österreichischen Universitäten in neuem Umfang eingezogen, da sie sich seit 2011 entsprechend auditieren lassen können. Staatlicherseits wird diese Familienorientierung unterstützt, indem ein finanzieller Anreiz gesetzt wird, damit die Universitäten am Zertifizierungsprozess teilnehmen und entsprechende Maßnahmen entwickeln. Familienfreundliche Maßnahmen können zudem in den Leistungsvereinbarungen mit dem Ministerium, die über die Mittelzuweisung für die Universitäten entscheiden, berücksichtigt werden (vgl. Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2014).

Und auch hier sind neue Zwiespältigkeiten erkennbar: Mit dem skizzierten Umbau der Beschäftigungsverhältnisse sind die Leistungsanforderungen gerade in derjenigen biografischen Phase verschärft worden, die vielfach mit den Zeiten von Elternschaft und/oder Angehörigenpflege zusammenfällt (vgl. Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013). Indem die Universitäten in unterschiedlichem Umfang Kinderbetreuung, Dual Career Services, Pflegevermittlung u.a.m. anbieten, zielen sie zwar auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber zum einen reichen die Angebote nicht aus, zum anderen sind sie teilweise auch anders gerahmt. So lässt sich gerade bei Maßnahmen, die im Kontext der Familienfreundlichkeit thematisiert werden, auch erkennen, dass hier weitere Logiken angespielt werden, wenn es darum geht, die Universität attraktiv zu machen, um die besten WissenschaftlerInnen anzuziehen (also Familienfreundlichkeit als Standortvorteil) oder für eine positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu sorgen (z.B. durch Ansiedlung des Themas der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der PR-Abteilung des Rektorats statt an der Stelle einer Beauftragten für Kinderbetreuungsfragen). In diesen und weiteren Fällen ist das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar aufgenommen, aber es wird nicht ausschließlich um seiner selbst willen verfolgt, sondern auch für Weiteres instrumentalisiert.

Unter diesem Aspekt lässt sich durchaus im Anschluss an Angelika Wetterer (2013) von einem „erfolgreichen Scheitern feministischer Kritik“ sprechen. Zwar hat die Vereinbarkeitsfrage die Universitäten nun erreicht, aber nicht in ihrem ganzen herrschaftskritischen Potenzial, also die Strukturen und Kulturen von Erwerbsarbeit in Frage stellend, sondern sie in ihren Wirkungen abfedernd. Das ist für die Lebenssituation der einzelnen Beschäftigten gewiss nicht zu unterschätzen, das Gesamt aber nicht ohne Weiteres im Sinne von Familienfreundlichkeit verändernd.

Die neue Sozialfigur des unternehmerischen Wissenschaftlers ist, was die von ihm geforderte Ausrichtung seiner Wissensgenerierung angeht, nachgerade die Gegenfigur zum in Einsamkeit und Freiheit forschenden Gelehrten, der allein der wissenschaftlichen Erkenntnis verpflichtet ist (vgl. Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2012; Dörre/Neis 2010; Matthies 2005). Ob er es auch ist, was die Vereinnahmung seines Lebens durch die Wissenschaft und unter der Hand damit zugleich sein Versorgtsein durch die Arbeit anderer, in welchen Konstellationen auch immer (traditionelle und neue Familienmodelle, migrantische Haushalts- und Betreuungsarbeit u.a.m.), ist fraglich. Familienfreundliche Maßnahmen bisherigen Zuschnitts jedenfalls reichen hier nicht hin, sondern mit ihnen treten die Universitäten im Wesentlichen dort in die Verantwortung, wo der österreichische Sozialstaat weiterhin vergleichsweise offensiv auf Familialisierung setzt und nach wie vor sowohl in der Kinderbetreuung als auch in der Angehörigenpflege die unentgeltliche Arbeitskraft von Frauen zu mobilisieren sucht (vgl. Appelt/Fleischer 2014).

Inwieweit hier weitere Friktionen entstehen, wird sich erweisen; in mindestens zwei Konstellationen könnten sie in sich widersprüchlicher Art und Weise angelegt sein: Einerseits geraten Markt- und Professionslogiken, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und steigender Anforderungen outputorientierten Arbeitens, zusehends in Widerspruch zueinander; andererseits ist die Wissenschaft ein Bereich, in dem prekäres Arbeiten und Leben zur geschichtlichen und individuellen Normalitätserfahrung gehört und traditionell wenig Widerstand hervorruft (vgl. Dörre/Neis 2008; Matthies 2005). In anderen Bereichen, beispielsweise im Feld der Sorgearbeit, etwa in Form der ErzieherInnenstreiks der letzten Jahre, sind Konflikte, in denen berufsethische Prinzipien gegen Marktlogiken zu behaupten versucht werden, schon massiver aufgetreten, als es in der Wissenschaft bislang der Fall ist (vgl. Kerber-Clasen 2014). Verbunden mit der historischen wie individuellen Prekaritätserfahrung gehören einerseits diverse Formen der Selbstausbeutung – in Österreich bislang aus genannten Gründen für diejenigen, die in den alten Laufbahnen ihre Karrieren in der genannten Weise sicher hatten, weniger, für die anderen gleichwohl doch – zur Normalität wissenschaftlichen Arbeitens, andererseits ändern sich aber auch die Ansprüche an seine Vereinbarkeit mit anderen Belangen des Lebens, nicht zuletzt mit familialen Belangen über das hinaus, was derzeit universitär unter Kinderbetreuung, Dual Career u.a.m. verhandelt wird (vgl. Aulenbacher/Binner/Riegraf/Weber 2010; Liebig 2010).

3.2.2 Zum Praktisch-Werden der Logiken in Vorstellungen zeitgemäßer Wissenschaft

All die bis hierhin genannten institutionellen und organisationalen Veränderungen machen sich in den verschiedenen Universitäten, ihren Fakultäten und Instituten wie den Disziplinen nicht unbedingt gleichermaßen oder überhaupt bemerkbar. Das heißt auch, dass sie von den WissenschaftlerInnen nicht unbedingt im Gesamt wahrgenommen werden. In den Narrativen finden sich somit Wahrnehmungen und Beschreibungen des Umbaus der Universitäten, die einzelne, nicht unbedingt alle Logiken sichtbar werden lassen. Ich greife exemplarisch eine Narration heraus, die vor allem die Logiken des Staates, des Marktes, der Profession und der Community aufgreift. Außerdem spielen im

Sinne von Wolfgang Menz (2009) sozialisatorische Momente eine Rolle in der Frage, welche Logiken wie handlungsleitend werden. Die nachfolgende Beschreibung der Situation durch Gabriel Acht, Assistenzprofessor aus den Naturwissenschaften, der nach arbeitsintensiver Zeit in der Industrie gerade eine der neuen Laufbahnstellen zum assoziierten Professor mit Entfristungsoption bei ‚Bewährung‘ angetreten hat und Vater kleiner Kinder ist, ist ein Narrativ zum Umbau der universitären Wissenschaft, in dem sich zuvor angesprochene institutionelle und organisationale Aspekte exemplarisch auf individueller Ebene nachhalten lassen.

Er sieht den Reorganisationsprozess aufgrund seiner eigenen universitären und außeruniversitären Vita in einer doppelten Relation. Zum einen macht er den Vergleich zu anderen Bereichen auf:

„Na ja, die Uni ist ja grundsätzlich ein sehr angenehmer Arbeitsplatz oder sie bietet einem sehr viel, lässt einem sehr viel Freiraum oder, das muss man ja auch sehen, das unterschätzen ja viele Kollegen, die eigentlich nie woanders gearbeitet haben. [...] Ich kann schon mal dasitzen und einfach ein, zwei Stunden irgendwelchen Gedanken nachspinnen und manchmal kommt was Gutes raus, aber wenn nichts Gescheites rauskommt oder (.) wenn es eine Sackgasse ist, dann wird mich keiner dafür bestrafen oder mhm, also von dem her ist eine Uni genial [...] In der Industrie wird jede Minute oder wird abgerechnet oder mit dem Projektpartner jede Stunde (.). Auf der Uni passiert das natürlich nicht [...]“ (M2: 128)

Zum anderen sieht er den beschäftigungspolitischen Umbruch in Relation zu der vorherigen universitären Situation, in der diejenigen, die auf entfristeten Stellen waren, teilweise

„[...] halt gar nichts gemacht, mhm, wirklich nichts gemacht haben, und dann hat es eben die zweite Klasse gegeben, die sich halt selbst finanziert haben, mit Drittmittel-Projekten, die halt gekurbelt haben wie die Irren oder die haben publiziert und gearbeitet und geforscht und versucht, wieder ein neues Projekt dranzukriegen [...]“ (M2: 131).

Beides zusammen führt dazu, dass die gegenwärtige Entwicklung aus seiner Sicht professionell zu begrüßen ist, ohne dass ihm die nun auch in der Wissenschaft stärker in den Vordergrund Marktlogiken zum Problem werden müssen:

„[...] die Leistungsbereitschaft der jungen Leute ist ja groß oder jeder will hier was machen. Das ist ja lustig und durch das, dass es diese Qualifikationsstellen gibt, die ja auch leistungsorientiert sind – wir landen ja auf Fixpositionen, Leute, die über viele Jahre Leistung gebracht haben und es ist unwahrscheinlich, dass die dann nach sechs Jahren sagen: So, ich habe die Stelle und ich lege die Füße hoch und tue nichts mehr; das passiert ja nicht mhm, also man bringt, glaube ich, einen anderen Schlag von Wissenschaftlern auf diese Positionen jetzt.“ (M2: 132)

Diesen neuen „Schlag von Wissenschaftlern“ charakterisiert er folgendermaßen:

„Naja, es sind sicher Leute, die sehr zielstrebig sind, die einfach Projekte umsetzen und die international vernetzt sind (.), weil sonst schafft man es nicht, dass man viele Publikationen schreibt oder (.) die versuchen, Forschungsgelder, Forschungsgelder irgendwo aus Fonds anzuzapfen, das ja recht schwierig, aber sonst kann man auch kaum gute Publikationen schreiben. Und das ist eigentlich genau das, was die Uni auch will, oder? Die Uni will einfach Leuten haben, die Drittmittel anschaffen oder die Leute anziehen, die Dissertanten anziehen vielleicht auch von anderen Unis oder mhm, ist ja der Wettbewerb zwischen den Unis, ist ja auch da. Das ist der Plan, geht wahrscheinlich auf oder mhm an den Unis, das ist ja nicht unüberlegt mhm.“ (M2: 132).

Hier wird eine hohe Übereinstimmung zum Ausdruck gebracht, was die Logiken des Marktes, der Profession, der Community angeht. Es scheint, als bringe die unternehmerische Universität genau den

Typus WissenschaftlerInnen hervor, den sie benötigt. Und umgekehrt scheint es, als füllten die WissenschaftlerInnen dies auch mit Freude aus. Interessant ist hier, dass zum einen ein altes Motiv, die „Leidenschaft“, die nicht nur Max Weber (1922) mit der allein der Erkenntnis verpflichteten und gerade nicht für andere Zwecke in den Dienst genommenen Wissenschaft assoziiert hat, im Kontext von Markt-, Professions-, Communitylogik neu gerahmt wird. Und auch hier ist der Rahmen, wenn der Ausschnitt der Narration nochmals in Gänze betrachtet wird, Kritik am vermeintlichen Bürokratieversagen, insofern die Entfristungspolitik im alten Dienstrecht mit mangelnder Leistung assoziiert wird, während die Markt- und Professionslogiken Leistung zu motivieren scheinen, ohne dass das Spannungsverhältnis zwischen ihnen sichtbar wird. Unbenommen der Unterschiede im Zugang zur universitären Wissenschaft unter dem alten und dem neuen Universitätsrecht und der möglicherweise nicht intendierten Effekte in beiden Phasen wird zudem verdeckt, dass auch vormals qualifiziert, professionell und/oder engagiert gearbeitet worden ist und auch heute WissenschaftlerInnen ‚durchkommen‘, für die dies nicht gilt; inwiefern sich die Relationen im Übergang von den alten zu den neuen Formen der Wissensproduktion verschoben haben, sei dahingestellt.

Es gibt allerdings auch Brechungen. So sieht Gabriel Acht, der seine Arbeitszeit für sich dokumentiert, dass sie mit fünfzig Stunden in der Woche sein Familienleben beeinträchtigt (M2:132). Internationale Mobilität, die oft, bei ihm allerdings nicht gefordert wird, sieht er als mit der Familie schwer vereinbar (M2:116). Auch räumt er ein, dass wer nicht bereits mit einem großen Fundament von Forschung, möglichst Drittmittelerfahrung, Publikationen und internationalen Kontakten eine solche Qualifizierungsstelle antritt, Probleme haben wird, die Anforderungen zu erfüllen (M2: 112-116). Hier werden institutionelle und organisationale Überforderungen deutlich, die ihn individuell wenig zu beeinträchtigen scheinen bzw. angesichts derer er seine persönlichen Gegenstrategien entwirft; so hat er so viel an Vorleistungen vorzuweisen, dass er den für sich guten Zeitpunkt wählen kann, wann er sie zur Habilitation verdichtet und damit den Weg von der Assistenzprofessur zur assoziierten Professur (mit der dann unvermeidbaren, ihn momentan jedoch wenig ansprechenden Verdoppelung des Lehrdeputats) beschreitet. Dies ist bei anderen Befragten durchaus anders (vgl. Aulenbacher/Binner/Kubicek 2013).

3.3 Fazit

Wird die Institutional Logics-Perspektive auf den Umbau der Universitäten angelegt, so zeigen sich also Verschiebungen im Verhältnis von Staat und Markt, Markt und Demokratie zugunsten des ersten Pols als Ergebnis eines komplexen Prozesses. Er ist, was die Dominanz beanspruchende Tendenz angeht, zweifelsohne als Ökonomisierung, Vermarktlichung, Landnahme beschreibbar. Es wohnen ihm aber weitere und andere Tendenzen inne, die in der Frage, inwieweit sie die Reorganisation der Wissenschaft auf dem Weg zur unternehmerischen Universität beeinflussen, nicht übersehen werden sollten und zwar schon allein deshalb nicht, weil sie Ausdruck gesellschaftlicher Problemlagen und Anforderungen sind und weil sie für die beteiligten AkteurInnen handlungsleitend sein können.

4. Schlussbemerkung

Wird die Institutional Logics-Perspektive mit Blick auf ihr Anregungspotenzial für die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse in den Blick genommen, so lassen sich, gleichsam als Fazit, drei Erträge ihrer Diskussion in dem vorliegenden Working Paper benennen. Der Institutional Logics-Perspektive wohnt, erstens, die Aufforderung inne, die funktionale Differenzierung und die mit ihr verbundene gesellschaftliche Ordnung systematisch in den Blick zu nehmen, wenn es um die Analyse der Dominanz beanspruchenden Tendenz der Ökonomisierung des Sozialen geht. In diesem Sinne kann sie als Angebot verstanden werden, die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse stärker als bislang dafür zu sensibilisieren, dass sowohl organisational als auch individuell – im Grunde – immer das Gesamt der institutionellen Ordnungen wirksam ist und handlungsorientierend wirken kann. Der Umbau der universitären Wissenschaft kann zweifelsohne als ihre Ökonomisierung, Vermarktlichung, Landnahme verstanden werden, er geht aber darin nicht auf; die exemplarisch herausgearbeiteten und gewiss noch weitere Tendenzen machen sich bemerkbar¹². Zweitens schärft die Institutional Logics-Perspektive mit dieser Aufforderung, das funktional differenzierte Gesamt zu berücksichtigen, den Blick dafür, dass und wie gesellschaftliche Handlungsorientierungen, die im Kontext der verschiedenen und unterschiedlichen Ordnungen herausgebildet werden, konfligieren, nebeneinander existieren, einander durchdringen, ineinander gepasst, transformiert werden u.a.m. Drittens lässt sich, wenn sie in dieser Weise als Heuristik herangezogen wird und in Verbindung mit Betrachtungsweisen kritischer Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse aufgenommen wird, durchaus, wie hier exemplarisch verfolgt worden ist, zeigen, in welcher Weise institutionelle Logiken macht- und herrschaftsbasiert Geltung erlangen und Wirkung entfalten. Die Frage, wie sich Macht, Herrschaft, Ungleichheit im Kontext der sektoralen Funktionsteilung und den mit ihr verbundenen institutionellen Ordnungen und Logiken geltend macht, systematisch einzuholen, ist meines Erachtens allerdings eine Herausforderung, die die kritische Arbeitsforschung und Gesellschaftsanalyse im Rahmen ihrer eigenen Denktraditionen zu verfolgen haben wird. Die Institutional Logics-Perspektive kommt hier an Grenzen, die, wie am Beispiel des Begriffspaars Emergenz und Kontingenz deutlich geworden ist, im gewählten theoretischen Bezugsrahmen nicht ohne Weiteres zu transzendieren sein werden.

¹² Im Rahmen wissenschaftlicher Aufmerksamkeitsstrukturen sind sie teilweise anderenorts Thema. So findet sich etwa im Schnittpunkt von Geschlechter- und Hochschulforschung ein breiter Forschungsstand zu Gender Mainstreaming, Diversity Policies u.a.m.

Literatur:

- Acker, Joan (1990): Hierarchies, Jobs, Bodies: A Theory of Gendered Organizations, in: *Gender & Society*, Vol. 4, No. 2, June 1990, S.139-158
- Appelt, Erna/Fleischer, Eva (2014): Familiäre Sorgearbeit in Österreich. Modernisierung eines konservativen Care-Regimes?, in: *Soziale Welt Sonderband 20*, S.397-417
- Aulenbacher, Brigitte (2010): Falsche Gegensätze und vermeintlicher Konsens, Eine diskurspolitische Intervention in Sachen ‚Organisation, Geschlecht, Kontingenz‘, in: *Feministische Studien 1/2010*, S.109-120
- Aulenbacher, Brigitte (2012): Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit, Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker unter Mitarbeit von Tine Haubner und Harald Hoppadietz (Hg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit*, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S.113-126
- Aulenbacher, Brigitte (2013): Ökonomie und Sorgearbeit, Herrschaftslogiken, Arbeitsteilungen und Grenzziehungen im Gegenwartskapitalismus, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika Wetterer (Hg.), *Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.105-126
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Dammayr, Maria (2014): Gute Arbeit und soziale Teilhabe: Wie marktgerecht darf es denn sein? Leitbilder in Wissenschaft und Pflege in Großbritannien, Österreich und Schweden, in: Dörre, Klaus/Jürgens, Kerstin/Matuschek, Ingo (Hg.), *Arbeit in Europa, Marktfundamentalismus als Zerreißprobe*, Frankfurt/M./New York: Campus-Verlag, S.339-352
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Kubicek, Bettina (2013): Sicherheit durch Leistung und die Frage der Geschlechtergleichheit, AssistenzprofessorInnen im Wandel der österreichischen Universitäten und als GrenzmanagerInnen zwischen Wissenschaft und Familie, in: Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Roswandowicz, Anja/ Weber, Lena (Hg.), *Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.171-191
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Riegraf, Birgit/Weber, Lena (2010): „Brot und Rosen“ – oder: Der unerhörte Anspruch auf ein gutes Leben innerhalb und außerhalb der Wissenschaft, in: Bauschke-Urban, Cornelia/Kamphans, Marion/Sagebiel, Felicitä (Hg.), *Subversion und Intervention, Wissenschaft und Geschlechter(un)ordnung*, Opladen: Budrich, S.139-154
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Riegraf, Birgit/Weber, Lena (2012): Wissenschaft in der Entrepreneurial University: Feminisiert und abgewertet? WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, 65(6), S.405–411
- Aulenbacher, Brigitte/Binner, Kristina/Riegraf, Birgit/Weber, Lena (2014): Wissenschaft – unternehmerisch, geschlechtergerecht, familienfreundlich? Über deutsche und österreichische Universitäten im europäischen Hochschulraum, in: Grulich, Julia/Riegraf, Birgit (Hg.), *Geschlecht*

- und transnationale Räume, Feministische Perspektiven auf neue Ein- und Ausschlüsse*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.157-175
- Becker-Schmidt, Regina (1991): Individuum, Klasse und Geschlecht aus der Perspektive der Kritischen Theorie, in: Zapf, Wolfgang (Hg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*, Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt/New York: Campus, S.383-394
- Becker-Schmidt, Regina (1992): Verdrängung Rationalisierung Ideologie, Geschlechterdifferenz und Unbewusstes, Geschlechterverhältnis und Gesellschaft, in: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.), *Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie*, Freiburg: Kore, S.65-113
- Becker-Schmidt, Regina (2000): Frauenforschung, Geschlechterforschung, Geschlechterverhältnisforschung, in: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, *Feministische Theorien zur Einführung*, Hamburg: Junius, S.14-62
- Boxenbaum, Eva (2014): Toward a Situated Stance in Organizational Institutionalism: Contributions From French Pragmatist Sociology Theory, in: *Journal of Management Inquiry*, DOI: 10.1177/1056492613517464, <http://jmi.sagepub.com>, abgerufen am 2. Februar, 2014, S.1-5
- Burawoy, Michael (2011): Redefining the Public University: National and Global Contexts, in: Holmwood, John (Ed.), *A Manifesto for the Public University*, London: Bloomsbury, S.27-41
- Burawoy, Michael (2014): Marxism after Polanyi, in: Williams, Michelle/Satgar, Vishwas (Eds.), *Marxisms in the 21st Century*, Johannesburg: Wits University Press, S.34-52
- Cloutier, Charlotte/Langlely, Ann (2013): The Logic of Institutional Logics: Insights From French Pragmatist Sociology, in: *Journal of Management Inquiry*, abgerufen von: jmi.sagepub.com at EGOS, 24. Mai 2013, DOI:10.1177/105649261246957, S.1-21
- Cohn, Carol (1987): Sex and Death in the Rational World of Defense Intellectuals, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, Vol. 12, No. 4, S.687-718
- Dörre, Klaus (2007): Prekarisierung und Geschlecht, Ein Versuch über unsichere Beschäftigung und männliche Herrschaft in nachfordistischen Arbeitsgesellschaften, in: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.), *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog*, Wiesbaden: VS Verlag, S.285- 301
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme, Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut unter Mitarbeit von Thomas Barth (Hg.), *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp S.21-86
- Dörre, Klaus (2010): Landnahme, sekundäre Ausbeutung und soziale Zeitregimes, Eine Ideenskizze, in: Frey, Michael/Heilmann, Andreas/Lohr, Karin/Manske, Alexandra/Völker, Susanne (Hg.), *Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen*, München/Mehring: Hampp, S.47-72
- Dörre, Klaus (2012): Landnahme, das Wachstumsdilemma und die „Achsen der Ungleichheit“, in: *Berliner Journal für Soziologie* 22 (1), S.101-128

Dörre, Klaus/Haubner, Tine (2012): Landnahme durch Bewährungsproben – Ein Konzept für die Arbeitssoziologie, in: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker unter Mitarbeit von Tine Haubner und Harald Hoppadietz (Hg.), *Kapitalismustheorie und Arbeit: Neuere Ansätze soziologischer Kritik*, Frankfurt/M./New York: Campus Verlag, S.63-106.

Dörre, K./Neis, M. (2008): Forschendes Prekariat? Mögliche Beiträge der Prekarisierungsforschung zur Analyse atypischer Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft, in: Klecha S./Krumbein W. (Hg): *Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs*, Wiesbaden: VS Verlag, S.127-142

Dörre, Klaus/Neis, Matthias (2010): *Das Dilemma der unternehmerischen Universität, Hochschulen zwischen Wissensproduktion und Marktzwang*, Berlin : edition sigma:

Florian, Michael (2008): Felder und Institutionen. Der soziologische Neo-Institutionalismus und die Perspektiven einer praxistheoretischen Institutionenanalyse, in: Berliner Journal für Soziologie, 18 (1), S.129-155

Forst, Rainer/Günther, Klaus (2010): Die Herausbildung normativer Ordnungen, Zur Idee eines interdisziplinären Forschungsprogramms, Frankfurt a.M., abrufbar unter: http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/8125/ForstGuentherDie_Herausbildung_normativer_Ordnungen._Zur_Idee_eines_interdisziplinaeren_Forschungsprogramms.pdf, letztes Abrufdatum: 14.3.2014.

Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung, in: dies./Honneth, Axel: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, übers. von Burkhardt Wolf, Frankfurt am Main: Suhrkamp., S. 13-128

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2009, S.43-57

Friedland, Roger/Alford, Robert R. (1991): Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions, in: Powell, Walter W./DiMaggio, Paul (Eds.), *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago: University of Chicago Press, S.232–263

Friedland, Roger/Mohr, John/Roose, Henk/Gardinali, Paolo (2014): The Institutional Logics of Love: Measuring Intimate Life, in: Theory and Society (forthcoming), manuscript: http://www.business-school.ed.ac.uk/waf/mdb_event/get_file.php?event_file_id=92, Zugriff: 2.11.2014

Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Greenwood, Royston/Raynard, Mia/Kodeih, Farah/Micellota, Evelyn R./Lounsbury, Michael (2011): Institutional complexity and organizational responses, in: Academy of Management Annals, 5(1), S.1-55

Hardenberg, Aletta v./Kirsch-Auwärter, Edit (2010): Gleichstellungspolitik oder Diversity Management – Alternativen oder Weiterentwicklung auf dem Weg zur Chancengleichheit?, in: Feministische Studien 1/2010, S.121–129

- Kahlert, Heike. (2013): Leitbild Dual-Career-Family - Wissenschaftliche Nachwuchsförderung im Licht unternehmerischen Denkens, in: Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Roswandowicz, Anja/ Weber, Lena (Hg.), *Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.31–50
- Kerber-Clasen, Stefan (2014): Gewerkschaftliches Interessenhandeln im Bereich kommunaler Kindertagesstätten – Voraussetzungen, Formen, Ergebnisse, in: *Industrielle Beziehungen* 21(3), S.238-256
- Klinger, Cornelia (2014): Selbstsorge oder Selbsttechnologie? Das Subjekt zwischen liberaler Tradition und Neoliberalismus, in: Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria (Hg.), *Für sich und andere sorgen, Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*, Weinheim/Basel: BeltzJuventa, S.31-39
- Lessenich, Stephan (2009): Mobilität und Kontrolle, Zur Dialektik der Aktivgesellschaft, in: Dörre, Klaus/ Stephan Lessenich/Hartmut Rosa unter Mitarbeit von Thomas Barth, *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.126-177.
- Liebig, Brigitte (2010): Academic life and gender relations, The case of fathers in professorship, in: Riegraf, Birgit/Aulenbacher, Brigitte/Kirsch-Auwärter, Edit/Müller, Ursula (Hg.), *GenderChange in Academia*, Wiesbaden: VS Verlag, S.161-173
- Lounsbury, Michael/Boxenbaum, Eva (2014): Institutional Logics in Action, Part A, in: dies. (Hg): *Research in the Sociology of Organizations*, Vol 39A, S.3-22
- Matthies, Hildegard (2005): „Entrepreneurshipping“ in unvollkommenen Märkten – das Beispiel Wissenschaft, in: Lohr, Karin/Nickel, Hildegard Maria (Hg), *Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.149-179
- Menz, Wolfgang (2009): *Die Legitimität des Marktregimes. Leistungs- und Gerechtigkeitsorientierungen in neuen Formen betrieblicher Leistungs politik*, Wiesbaden: VS Verlag
- Meuser, Michael/Riegraf, Birgit (2010), Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik.Von der Frauenförderung zu Diversity Management, in: Aulenbacher, Brigitte/Meuser, Michael/Riegraf, Birgit (Hg.), *Soziologische Geschlechterforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag, S.189–210
- Meyer, John W./Krücken, Georg (Hg.) (2005): *Weltkultur: Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Meyer, John W./Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, *American Journal of Sociology*, 83(2), S.340–363
- Negt, Oskar (2001): *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen: Steidl
- Pernicka, Susanne/Lücking, Stefan/Lasofsky-Blahut, Anja (2012): Sein oder nicht sein ..., (Neue) Rahmenbedingungen, Laufbahnoptionen und Interessenorganisation in der universitären und außeruniversitären Forschung, in: *SWS-Rundschau* 52 (2), S.149-170

- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Riegraf, Birgit (2007): Der Staat auf dem Weg zum kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen? New Public Management geschlechtsspezifisch analysiert, in: Aulenbacher, Brigitte/Funder, Maria/Jacobsen, Heike/Völker, Susanne (Hg.), *Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog*, Wiesbaden: VS Verlag, S.78–94
- Riegraf, Birgit (2013): New Public Management, die Ökonomisierung des Sozialen und (Geschlechter)Gerechtigkeit: Entwicklungen in der Fürsorge im internationalen Vergleich, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika Wetterer (Hg.), *Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 127-143
- Schimank, Uwe (2005): Die akademische Profession und die Universitäten: New Public Management und eine drohende Entprofessionalisierung, in: Klatetzki, Thomas./Tacke, Veronika (Hg.), *Organisation und Profession*, Wiesbaden: VS Verlag, S.143-164.
- Schwinn, Thomas (2007): *Soziale Ungleichheit*, Bielefeld: transcript
- Streck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit, Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp
- Tacke, Veronika (2007): Neutralisierung, Aktualisierung, Invisibilisierung, Zur Relevanz von Geschlecht in Systemen und Netzwerken, in: Wilz, Sylvia M. (Hg.), *Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen, Ein Überblick über gesellschaftliche Entwicklungen und theoretische Positionen*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 254-289
- Thornton, Patricia H./Ocasio, William (2008), Institutional Logics, in: Greenwood, Royston et al. (Eds.), *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*, London, S.99–129
- Thornton, Patricia H./Ocasio, William/Lounsbury, Michael (2012): *The Institutional Logics Perspective: A New Approach to Culture, Structure, and Process* (Reprint), Oxford: Oxford University Press
- Weber, Max (1988): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Weber, Max, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (GAzW)*, hg. von Johannes Winckelmann, 7. Auflage, Tübingen: Mohr, S. 146-214
- Weber, Max (1922): *Wissenschaft als Beruf*, Studienausgabe (MWS) Band I/17, Auflage 1994, Tübingen: Mohr
- Wetterer, Angelika (2002): *Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion, "Gender at Work" in theoretischer und historischer Perspektive*, Konstanz: UVK
- Wetterer, Angelika (2013): Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik, Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft, in: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika Wetterer (Hg.), *Gesellschaft – Feministische Krisendiagnosen*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 246-266

Wilz, Sylvia M. (2002): *Organisation und Geschlecht. Strukturelle Bindungen und kontingente Kopplungen*, Opladen: Leske + Budrich

Young, Brigitte (2012): Zwei getrennte Welten? Finanzökonomie und Geschlechterforschung, in: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.), *Macht oder ökonomisches Gesetz. Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.36-51

Quelle zu den Interviewauszügen:

Materialienbände 1 und 2: Aulenbacher, Brigitte, Binner, Kristina. (2012). „Arbeit, Alltag und Geschlecht in der Wissenschaft“. Arbeitsmaterialien zur Spezialisierung I und II im Praxisfeld (Care, Bildung, Wissen). ExpertInneninterviews. 1. und 2. Interner Materialienband (M1). WissenschaftlerInneninterviews (M2), Linz: Institut für Soziologie, TSS, JKU